

Geschäftsbericht 2010



Inhalt

I Bericht des Kantonsrates über seine Geschäftsführung	3	III Finanzieller Überblick	21
1. Ratsstatistik und Allgemeines	4	1. Das Rechnungsergebnis in Kürze	22
2. Besondere Parlamentsrechte	5	1.1 Die grössten Abweichungen zwischen Voranschlag und Rechnung 2010	23
3. Ratsleitung	5	1.2 Die grössten Abweichungen zwischen Rechnung 2009 und Rechnung 2010	24
II Bericht des Regierungsrates über seine Geschäftsführung	7	1.3 Finanzkennzahlen 2006 – 2010	26
1. Allgemeines	8	1.4 Ergebnis nach Behörden und Departementen	30
2. Regierungsgeschäfte	8	2. Rahmenbedingungen	36
3. Anlässe/Aussprachen	11	3. Die grössten Aufwandpositionen	38
4. Information der Öffentlichkeit	12	3.1 Besoldungskosten	38
5. Nordwestschweizer Regierungskonferenz	13	3.2 Nettoaufwand für einzelne Schultypen	42
6. Rechenschaftsbericht ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit	14	3.3 Nettoverschuldung und Zinsendienst	43
7. Pflege und Förderung der Unternehmenskultur	16	3.4 Abschreibungen	44
8. Förderung der innerkantonalen und internationalen Beziehungen	16	3.5 Strassenbaufonds	45
9. Tätigkeitsbericht des kantonalen Beauftragen für Information und Datenschutz	17	3.6 Inner- und ausserkantonale Spitalbehandlungen	46
10. Politische Rechte	17	3.7 Soziale Sicherheit	46
		4. Die grössten Ertragspositionen	48
		4.1 Bundesanteile	48
		4.2 Staatssteuerertrag	49
		4.3 Nebensteuern	51
		IV Bericht der Revisionsstelle	53

Editorial



Genugtuung und Herausforderung

Mit grosser Genugtuung nimmt der Regierungsrat vom erfreulichen Rechnungsergebnis von 79,5 Mio CHF für das Jahr 2010 Kenntnis. Genugtuung, weil die Überwindung der Wirtschaftskrise viel schneller gelungen ist, als wir das zum Zeitpunkt der Budgetierung erwartet haben. Aber auch, weil der Kanton Solothurn heute finanziell gesund da steht, ohne Nettoschuld und mit einem hart erarbeiteten Eigenkapital von über einer halben Milliarde Franken. Wer hätte das vor zehn, fünfzehn Jahren gedacht! Dafür gebührt allen Dank, die daran mitgearbeitet haben und den Grundkonsens der Solothurner Politik der letzten Jahre, nämlich die Finanzen zu sanieren, mitgetragen haben: Das Volk, welches mit Umsicht die Vorlagen beurteilt hat, die finanzielle Konsequenzen hatten; der Kantonsrat, der mit seiner überwiegenden Mehrheit keine finanziellen Abenteuer – sei es auf der Ausgaben- oder auf der Einnahmenseite – eingegangen ist, aber auch der Verwaltung, die teils unter Verzicht der Politik des Regierungsrates gefolgt ist.

Aber wir dürfen nicht übermütig werden. Wir stehen vor grossen finanzpolitischen Herausforderungen. Die Finanzplanung verheisst nichts Gutes, grosse Ausgabensprünge im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich stehen bevor, ebenso grosse wegweisende Investitionen im Infrastrukturbereich. Wir sind gut gewappnet für diese Herausforderungen, aber wir dürfen nicht den Fehler begehen, die hart erarbeitete Substanz dieses Kantons durch kurzfristige Begehrlichkeiten – wiederum auf der Ausgaben- wie auf der Einnahmenseite – aufs Spiel zu setzen. Der obenerwähnte Konsens muss weiterhin Gültigkeit haben, denn wir dürfen nicht vergessen, dass die Ressourcen dieses Kantons beschränkt sind und andere eine bessere Ausgangslage haben.

Dennoch: Wir haben gute Chancen, uns im harten Standortwettbewerb zu behaupten – ohne dass wir unsere erarbeitete, hervorragende finanzpolitische Ausgangslage unnötig einem zu hohen Risiko aussetzen müssen.

Daran wird der Regierungsrat weiterarbeiten.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'C. Wanner', written in a cursive style.

Christian Wanner
Landammann





Bericht des Kantonsrates
über seine Geschäftsführung



Bericht des Kantonsrates über seine Geschäftsführung

1. Ratsstatistik und Allgemeines

Der Kantonsrat wurde im Berichtsjahr von Hans Abt, CVP, dipl. Vermessungsingenieur HTL /STV, Dornach, präsiert.

Ratsstatistik	2008	2009	2010
- KR-Sessionen	6	7	7
- Anzahl Sitzungshalbtage	14	15	19
Behandelte KR-Geschäfte	193	214	209
- Sachgeschäfte	57	60	43
- Rechtsetzende Erlasse	14	8	19
- Wahlgeschäfte	17	51	14
- Verordnungsvetos	0	1	7
- Volksinitiativen	0	2	4
- Volksaufträge	2	1	1
- Aufträge	49	36	50
- Interpellationen	34	31	41
- Kleine Anfragen	5	17	14
Neu eingereichte Vorstösse	94	93	109
- Volksaufträge	1	2	1
- Aufträge	51	42	46
- Interpellationen	37	31	46
- Kleine Anfragen	5	18	16
KR-Kommissionssitzungen (ohne Ausschüsse)	58	56	58
- Ratsleitung	7	8	9
- Finanzkommission	12	11	12
- Geschäftsprüfungskommission	5	4	5
- Justizkommission	7	14	10
- Bildungs- und Kulturkommission	8	5	6
- Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission	9	6	6
- Sozial- und Gesundheitskommission	8	6	9
- Redaktionskommission ¹	-	1	1
- Spezialkommission Wirkungsorientierte Verwaltungsführung	2	-	-
Gesamtanzahl Sitzungsabrechnungen (inkl. Fraktions- und Ausschusssitzungen; interkantonale Gremien etc.)	211	202	241

Im Berichtsjahr waren folgende fünf Mutationen zu verzeichnen: Am 26. Januar Doris Häfliger, Grüne, Zuchwil (anstelle von Philipp Keel); am 9. März Simon Bürki, SP, Biberist, (anstelle des in den Ständerat gewählten Roberto Zanetti); am 24. August Felix Wettstein, Grüne, Olten, (anstelle von Iris Schelbert-Widmer); am 2. November Manfred Küng, SVP, Kriegstetten, (anstelle von Josef Galli, SVP); am 7. Dezember Bernadette Rickenbacher, CVP, Starrkirch-Wil, (anstelle von Claudio von Felten).



2. Besondere Parlamentsrechte

- Einspruchsrecht des Kantonsrats (Art. 79 Abs. 3 KV)

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat im Berichtsjahr 25 Verordnungen oder Verordnungsänderungen unterbreitet; gegen sieben wurde das Veto ergriffen, wobei gegen zwei Verordnungsänderungen je zwei Vetos mit unterschiedlicher Begründung ergriffen wurden, so dass insgesamt neun Vetos eingereicht wurden. Vier Vetos wurden vom Kantonsrat abgelehnt, eines wurde bestätigt und zwei waren Ende 2010 noch hängig. In zwei Fällen hat der Regierungsrat die Verordnungsänderung vor der Beratung im Kantonsrat zurückgenommen und in geänderter Fassung neu beschlossen.

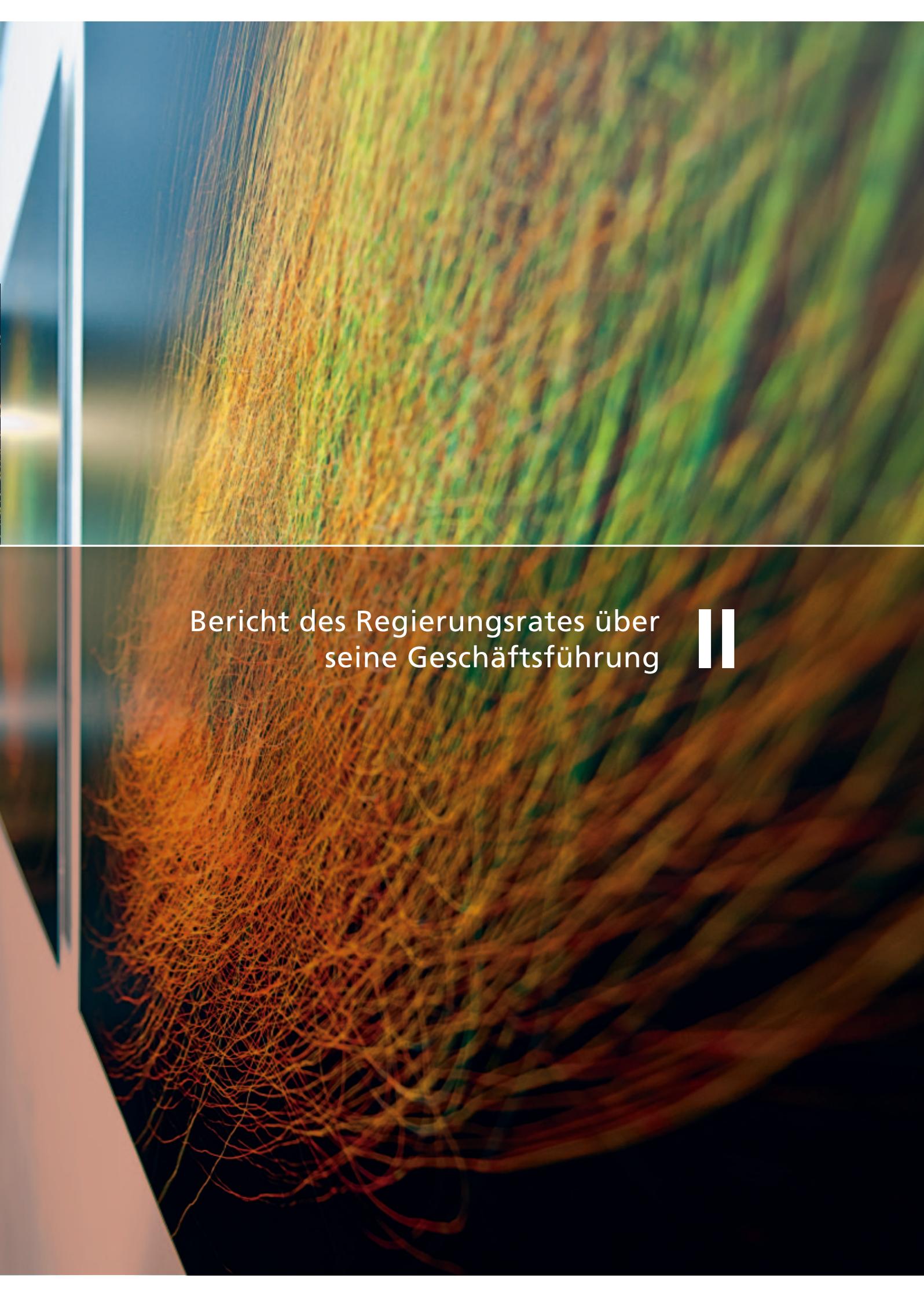
- Stellungnahme des Kantonsrates zu Vernehmlassungen des Regierungsrats an Bundesbehörden (Art. 76 Abs. 1 Bst. h KV)

Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr der Ratsleitung 73 Vernehmlassungsvorlagen von Bundesbehörden unterbreitet. Die Ratsleitung hat in allen Fällen auf eine Mitwirkung des Kantonsrates verzichtet.

3. Ratsleitung

Die Ratsleitung hielt im Berichtsjahr 9 Sitzungen ab, an denen sie sich vorwiegend mit Fragen des Ratsbetriebes befasste. Unter anderem legte sie dem Kantonsrat Bericht und Antrag zur Ergänzung der Protokollarten durch eine «Akttenotiz» und zur Regelung des Protokollverteilers vor. Ausserdem legte sie dem Kantonsrat Bericht und Antrag zur Regelung der Folgen bei Unvereinbarkeit des Kantonsratsmandates vor. Beiden Vorlagen stimmte der Kantonsrat ohne Änderungen zu. Erstmals versammelte sich der Kantonsrat zu einer ausserordentlichen Sitzung, weil dies von 17 Mitgliedern gestützt auf § 4 des Kantonsratsgesetzes verlangt worden war, um Pendenzen abzubauen.





Bericht des Regierungsrates über
seine Geschäftsführung



Bericht des Regierungsrates über seine Geschäftsführung

1. Allgemeines

Der Regierungsrat wurde 2010 von Landammann Walter Straumann geleitet. 2010 wurden an 43 Sitzungen 2398 Beschlüsse gefasst.

2. Regierungsgeschäfte

Unabhängig von seinen Bemühungen, negative Folgen von kurzfristigen, konjunkturellen Schwankungen in einem erträglichen Ausmass zu halten, erachtet es der Regierungsrat im Rahmen seiner strategischen Führung als entscheidend, auch längerfristig an der Standortqualität des Kantons Solothurn zu arbeiten. Mit der 2010 beschlossenen «Wachstumsstrategie» will der Regierungsrat das qualitative Wachstum im Kanton Solothurn, basierend auf den Grundsätzen der nachhaltigen Entwicklung, stärken, wobei Beschäftigung und Wohlstand im Zentrum der Wachstumspolitik stehen sollen. Mit sechs ausgewählten Schlüsselprojekten will er in den kommenden Jahren die Stossrichtungen der Wachstumsstrategie, wie beispielsweise die Stärkung der Innovationskraft oder die Förderung von Synergien zwischen Bildung und Wirtschaft, umsetzen.

2010 legte der Regierungsrat folgende Gesetzgebungsprojekte dem Kantonsrat zur Beratung vor:

- Teilrevision der Kantonalen Verordnung über Grundeigentümerbeiträge und -gebühren
- Einführungsverordnung zum Bundesgesetz über die Stromversorgung (StromVG)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel
- Änderung der Einführungsverordnung zum Bundesgesetz über den Konsumkredit (EV KKG)
- Änderung des Gesetzes über die Gebäudeversicherung, Brandverhütung, Feuerwehr und Elementarschadenhilfe (Gebäudeversicherungsgesetz)
- Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Übergangsfinanzierung im direkten Finanzausgleich Einwohnergemeinden)
- Anpassung des Gebührentarifs an die Schweizerische Zivilprozessordnung
- Änderung des Gebührentarifs
- Änderung des Volksschulgesetzes (Kompetenzklärung i.S. Geleitete Schulen und Bildungsstatistik)
- Änderung der Verordnung über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge für die Mitglieder des Regierungsrates (Ruhegehaltsordnung des Regierungsrates)
- Auflösung des Konkordates betreffend die Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft in Zollikofen
- Änderung des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung

Trotz des ungünstigen wirtschaftlichen Umfeldes konnte der Kanton Solothurn auch im Jahre 2009 mit einem hervorragenden Rechnungsergebnis aufwarten: der operative Ertragsüberschuss betrug 142,7 Mio. Franken. Zusammen mit einem ausserordentlichen Gewinn aus der Neustrukturierung des ALPIQ-Konzerns von 49,2 Mio. Franken ergab sich ein Gesamtüberschuss von 191,9 Mio. Franken, was eine weitere Stärkung des Eigenkapitals auf 472,8 Mio. Franken ermöglichte. Angesichts verschiedener Umstände (zweiter Teil Steuergesetzrevision, KVG-Revision, drohende Reduktion der Nationalbankgewinne) ist ab 2012 mit einer deutlich schlechteren Ausgangslage zu rechnen.



Im Vergleich zum Vorjahr präsentierte sich die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt positiver als erwartet. Die Solothurner Wirtschaft hat sich gut von der Krise erholt. Die Arbeitslosenquote sank kontinuierlich von 4,6 auf 3,1 Prozent. Insbesondere die Exportindustrie erlebte einen raschen Wiederaufschwung. Nach wie vor bestehen aber grosse Unsicherheiten. Die Schwächen der Staatshaushalte gewisser europäischer Länder und der damit verbundene Druck auf den Euro belasten je nach Branche die Zukunftsaussichten aber erheblich. Mit seiner Strategie, keine Stützungsprogramme zu entwickeln, sondern vielmehr auf bewährte Instrumente wie die Arbeitslosenversicherung als automatischer Stabilisator zu setzen, lag der Kanton Solothurn richtig. Insbesondere die flexible Anwendung des Instrumentes der Kurzarbeit half den betroffenen Unternehmungen, Schwankungen in den Auftragsbüchern auszugleichen und gleichzeitig die Liquidität zu sichern. Die unabhängig von der Krise beschlossenen Investitionsausgaben sowie die Auswirkungen der Steuergesetzrevision und das Programm zur Förderung der Energieeffizienz haben die Binnenwirtschaft wesentlich unterstützt und den privaten Konsum gefördert.

Für rund 19 Mio. Franken erwarb der Kanton Solothurn von der Borregaard Schweiz AG 236'000 m² Industrieland der ehemaligen Cellulosefabrik Attisholz in Luterbach. Bei diesem Grundstück handelt es sich um einen wesentlichen Teil einer der grössten brachliegenden Industriefläche der Schweiz mit einem hohen Ansiedlungspotential. Durch diesen Kauf soll im Sinne einer langfristigen Wachstumsstrategie die Schaffung von arbeitsplatz- und wertschöpfungsintensiven Unternehmen gefördert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wird der Kanton in einem ersten Schritt planerische Rahmenbedingungen schaffen und im Rahmen einer Testplanung die idealen Nutzungsmöglichkeiten evaluieren.

Auf Einladung der Regierung der chinesischen Provinz Gansu reiste eine Delegation des Regierungsrates nach China. Dieser Besuch erfolgte im Rahmen der bereits länger bestehenden Kontakte zwischen dem Kanton Solothurn, bzw. der Hochschule für Wirtschaft FHNW in Olten und der Provinz Gansu und hatte zum Ziel, den gegenseitigen Austausch zu besiegeln und zu bestärken. Eine bereits 2009 ausgetauschte Freundschaftvereinbarung soll für die Solothurner Wirtschaft einen Markteintritt in der Provinz Gansu erleichtern oder dazu beitragen, bestehende Aktivitäten zu fördern. Auf dem reichbefrachteten Besuchsprogramm standen Kontakte mit Repräsentanten der Provinzregierung, Bildungsfachleuten und Vertretern der Wirtschaft.

Die Ablehnung der Volksinitiative «für ein liberaleres Gesundheitsgesetz und ein vernünftiges Rauchverbot» anlässlich der Volksabstimmung vom 13. Juni führte zu einer Bestätigung der bisherigen kantonalen Regelung. Mit dem Verbot von reinen Raucherlokalen mit der Möglichkeit des Einrichtens von bedienten Fumoirs hat der Kanton Solothurn die gleiche Regelung wie die Nachbarkantone.

Mit dem Erlass des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel passte der Kanton Solothurn seine Ausführungsbestimmungen zum öffentlichen Arbeitsrecht den Änderungen des eidgenössischen Rechts an. Insbesondere wurde die Möglichkeit von vier bewilligungsfreien Sonntagsverkäufen geschaffen und die Adventssonntagsverkäufe in der Einführungsgesetzgebung verankert. Ferner wurde die Beschäftigung von Jugendlichen unter 15 Jahren im Sinne eines verbesserten Jugendarbeitsschutzes einer Bewilligungspflicht unterstellt.

Am 26. September 2010 stimmte das Solothurner Volk dem Beitritt zum HarmoS-Konkordat und der damit verbundenen Änderung der Kantonsverfassung zu. Im Rahmen dieser Interkantonalen Vereinbarung verpflichteten sich die Kantone, bis 2015 Dauer, Organisation und Ziele der Schule zu vereinheitlichen. Der Beitritt zum Konkordat hat zur Folge, dass der Kanton Solothurn in der Verfassung den Kindergarten neu als Teil der Volksschule bestimmt.

Die in der eidgenössischen Volksabstimmung am 12. März 2000 beschlossene Justizreform vereinheitlichte das bislang in kantonaler Hoheit geregelte Zivil- und Strafprozessrecht. Auf den Zeitpunkt der Einführung der Schweizerischen Zivil- und Strafprozessordnungen per 1. Januar 2011 musste der Kanton Solothurn seine entsprechenden Verfassungs- und Gesetzesgrundlagen revidieren, die Ausführungsbestimmungen zu den neuen Prozessordnungen erlassen und die Behördenorganisation an die neuen bundesrechtlichen Vorgaben anpassen. Das Volk hiess am 26. September die Änderungen gut, umstritten war im Abstimmungskampf lediglich die Abschaffung der Arbeitsgerichte.

Der im Nachgang zu den unerfreulichen Ereignissen rund um die Strafanstalt Schöngrün erstellte Bericht einer Administrativ-Untersuchungskommission hatte zur Folge, dass die im Bereich des Justizvollzuges tätigen Dienststellen in einem neuen Amt für Justizvollzug zusammengefasst und damit verstärkte Führungsstrukturen geschaffen werden konnten.

Nachdem das Stimmvolk in den Jahren 1995 und 1999 die Schliessung der Höhenklinik Allerheiligenberg abgelehnt hatte, wurde 2010 einer erneuten Vorlage zugestimmt. Somit wird das bisherige Spitalangebot vom Allerheiligenberg an die Standorte Kantonsspital Olten bzw. Langendorf (Psychiatrische Dienste) transferiert. Mit diesem Schritt kann die Solothurner Spitäler AG (soH) ihre Strukturen an die Veränderungen in der Spitallandschaft anpassen, was im Hinblick auf die ab 2012 geltende freie Spitalwahl und das neue Finanzierungsmodell von entscheidender Bedeutung ist. Mit der Zustimmung zur Schliessung sind Unterstützungsmassnahmen für eine zukünftige Nutzung der Gebäulichkeiten verbunden. Die 1998 beschlossene Erhöhung der Spitalsteuer wird als Folge des positiven Abstimmungsergebnisses ab 2011 um ein Prozent gesenkt werden.

Als Gegenvorschlag zur Initiative des Verbandes Solothurner Einwohnergemeinden (VSEG) «Sach- und Finanzverantwortung in Übereinstimmung bringen» beschloss der Kantonsrat auf Antrag des Regierungsrates eine Übergangsförderung im direkten Finanzausgleich mit den Einwohnergemeinden bis zur Realisierung des neuen innerkantonalen Finanz- und Lastenausgleichs. Mit einem zusätzlichen jährlichen Staatsbeitrag in den direkten Finanzausgleich von jährlich 15 Mio. Franken für die Jahre 2011 bis 2014 kann die Ausgleichswirkung hin zu den ressourcenarmen Gemeinden verstärkt werden. Die Volksinitiative wurde in der Folge dieses Beschlusses zurückgezogen.

Gleichzeitig wurden die Arbeiten zur Totalrevision des Finanz- und Lastenausgleiches aufgenommen. Die Vorlage soll 2013 dem Kantonsrat unterbreitet werden und sich nach dem Modell der NFA des Bundes orientieren.

Eine Überprüfung der IT-Strategie in der Kantonalen Verwaltung durch externe Experten zeigte, dass sich die Umsetzung bisher zu stark auf reine Open Source-Lösungen (Linux) fokussierte und eine Neuausrichtung nötig ist. Zukünftig soll eine duale Strategie geführt werden, wobei im Anwenderbereich Microsoft-Anwendungen eingesetzt werden.



Mit der vom Regierungsrat genehmigten kantonalen Nutzungsplanung «Weissenstein» erfolgte, nach der Genehmigung der Richtplananpassung durch den Bundesrat, ein weiterer wichtiger Verfahrensschritt im Neubauprojekt der Seilbahn Weissenstein. Nicht Bestandteil des Beschlusses ist die eigentliche Plangenehmigung und die Konzessionierung der neuen Seilbahn. Das entsprechende bundesrechtliche Verfahren ist noch im Gang.

Der vom Regierungsrat beantragte Investitionsbeitrag von zwei Millionen Franken zur Beschaffung eines neuen Aare-Passagierschiffs wurde vom Kantonsrat genehmigt. Das neue Schiff soll 2012 als Ersatz für zwei ältere Motorschiffe in Betrieb genommen werden. Mit diesem Beitrag unterstreicht der Kanton Solothurn die grosse Bedeutung der Aareschifffahrt für den Solothurner Tourismus.

3. Anlässe /Aussprachen

Der Regierungsrat traf sich im Berichtsjahr mit den Gemeindepräsidien von Aeschi, Bolken, Etziken, Heinrichswil-Winistorf, Hersiwil, Horriwil, Hüniken, Steinhof, Aedermannsdorf, Balsthal, Gänsbrunnen, Herbetswil, Holderbank, Laupersdorf, Matzendorf, Mümliswil-Ramiswil, Welschenrohr, Aetingen, Brügglen, Küttigkofen, Kyburg-Buchegg, Lüsslingen, Lüterkofen-Ichertswil, Messen, Unterramsern, Nennigkofen und der Stadt Olten.

Weitere Aussprachen fanden mit den AZ Medien und dem Obergericht statt.

Der Regierungsrat empfing den Kantonsratspräsidenten, die ehemaligen Regierungsrätinnen und Regierungsräte sowie den ehemaligen Staatsschreiber, den Gemeinderat Bredetto sowie die für den Kanton Zuständigen der Schweizerischen Post. Er traf sich mit den Spitzen verschiedenster solothurnischer Firmen und nahm an besonderen Anlässen und Jubiläen teil.

Zu den sich wiederholenden Anlässen gehörten Empfänge von hohen Offizieren und der solothurnischen interkonfessionellen Konferenz (SIKO).

2010 wurden 16 Hundertjährige geehrt.

Regelmässige Aussprachen fanden auch mit Vertretern aus der Politik wie eidg. Parlamentarier und der Wirtschaft statt.

Der Regierungsrat vergab Werkjahrbeiträge, Sport- und Kunstpreise sowie den Sozialpreis.

Ebenso nahm er an der Kantonsratspräsidentenfeier sowie an der Trauerfeier des ehemaligen Regierungsrates Dr. Alfred Wyser teil.

Der Regierungsrat empfing den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt.

Die Regierungen der Nordwestschweizer Kantone haben sich 1x getroffen und es fanden 4 Arbeitsausschuss-Sitzungen statt.

Die Kontakte mit den Medien wurden durch regelmässige Medienkonferenzen und Begegnungen bei weiteren Anlässen aufrechterhalten.

4. Information der Öffentlichkeit

Tätigkeiten	2009	2010
Anzahl Medienversände nach RR-Sitzungen	43	43
Anzahl Medienmitteilungen	352	348
Anzahl Medienkonferenzen inkl. Fototermine		
Tagungen und Seminare	41	43
Anzahl akkreditierte Medien	70	71

Im Tagesdurchschnitt wurden auch 2010 rund ein Dutzend Medienauskünfte erteilt und Medienschaffende mit den richtigen Stellen in Kontakt gebracht.

Die Vermittlung von Interviews und deren Begleitung blieb im Vergleich mit dem Vorjahr praktisch unverändert.

Im Bereich der internen Ausbildung (Personalamt, Jugendförderung, NSNW) war der Medienbeauftragte zwölf Tage als Medientrainer im Einsatz. Vereinzelt war er auch als Referent zum Thema «politische Kommunikation» tätig (Serviceclubs, usw.).

Beratend stand er u.a auch Schulleitungen zu Fragen betreffend «Umgang mit Medien» zur Verfügung (Bilateral oder als Referent).

Das Präsidium der Schweizerischen Informationskonferenz öffentlicher Verwaltungen (SIKOV) beanspruchte rund sieben Arbeitstage (Vorstandssitzungen, Seminarien, Generalversammlung).

In Fragen der Öffentlichkeitsarbeit stand der Medienbeauftragte den Departementen und Ämtern wiederum beratend zur Seite.



5. Nordwestschweizer Regierungskonferenz

Unter dem Vorsitz von Regierungsrätin Sabine Pegoraro, Kanton Basel-Landschaft, trat der Arbeitsausschuss der NWRK zu vier Sitzungen zusammen. Die Plenarversammlung fand am 11. Juni 2010 in Bubendorf BL statt. Im Weiteren wurden im Rahmen der Sessionen der Eidgenössischen Räte zwei Treffen zwischen Regierungsmitgliedern und den Ständeräten der Nordwestschweizer Kantone durchgeführt zu aktuellen Themen der Bundespolitik.

Die Haltung der Nordwestschweizer Kantone zu Bundesthemen wie Bahn 2030, Aufgabenüberprüfung und Konsolidierungsprogramm, Wirksamkeitsbericht NFA, BFI-Mittel und Raumkonzept Schweiz aber auch zur Europapolitik stand im Zentrum der Diskussionen.

Daneben standen vor allem die Weiterentwicklung und Evaluation der Konferenzarbeit sowie die Ausrichtung und Organisation der Zusammenarbeitsgremien im Raum Basel im Fokus. Unter dem letztgenannten Aspekt wurde vor allem die Errichtung und Ausgestaltung einer Metropolitankonferenz Basel breit diskutiert und im Hinblick auf eine entsprechende Beschlussfassung an der kommenden Plenarkonferenz im 2011 konkretisiert.

6. Rechenschaftsbericht ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit

Vertreter des Kantons Solothurn in der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit, der sämtliche Kantone angehören, ist der Vorsteher des Finanzdepartementes. Seit 1998 präsidiert er die ch Stiftung. Der Leitende Ausschuss, das Führungsgremium der ch Stiftung, hielt im Jahr 2010 zwei Sitzungen ab, an welcher unter anderem die ordentliche Stiftungsversammlung vom 5. Januar 2011 vorbereitet wurde.

Die Tätigkeit der ch Stiftung ist auf einige Projekte konzentriert, die sich generell in drei Sparten einordnen lassen: Kulturaustausch über die Sprachgrenzen, Dienstleistungen für die Kantonsregierungen sowie konzeptuelle und praktische Arbeiten im Zusammenhang mit Föderalismusfragen. So ist die ch Stiftung Trägerorganisation des Hauses der Kantone, welches im Juli 2008 bezogen werden konnte. Aktuell sind 15 interkantonale Konferenzen und Organisationen ansässig.

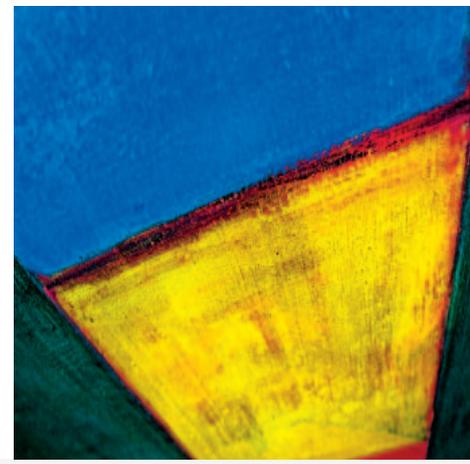
Die ch Stiftung führt zudem das Sekretariat der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK). Diese bezweckt, die Zusammenarbeit unter den Kantonen in ihrem Zuständigkeitsbereich zu fördern und in kantonsrelevanten Angelegenheiten des Bundes die erforderliche Koordination und Information der Kantone sicherzustellen. Aktiv ist die KdK v.a. in der Willensbildung und Entscheidvorbereitung im Bund sowie in der Aussen- und Integrationspolitik.

Kulturpolitische Schwerpunkte der Tätigkeit der ch Stiftung bilden das neu geschaffene Schweizerische Kompetenzzentrum für Austausch und Mobilität sowie die dem Literatur-austausch gewidmete ch Reihe.

Die ch Stiftung übernahm im 2010 im Rahmen der Umsetzung des Sprachengesetzes (SpG) im Auftrag des Bundesamts für Kultur zusätzliche Aufgaben zur Förderung des binnenstaatlichen Austausches von Lehrenden und Lernenden.

Ab Januar 2011 nimmt die Schweiz an den europäischen Bildungs-, Berufsbildungs- und ausserschulischen Jugendprogrammen teil. Die ch Stiftung hat seit dem 1. April 2010 im Auftrag des Staatssekretariats für Bildung und Forschung (SBF) die Verantwortung für die Durchführung der Schweizer Teilnahme an den Europa-Programmen «Lebenslanges Lernen» (LPP) und «Jugend in Aktion» (YiA) inne.

Diese beiden neuen oder erweiterten Aufgabengebiete waren Anlass zur Schaffung des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Austausch und Mobilität. Es setzt sich aus den Bereichen ch Austausch (Binnenstaatliche und aussereuropäische Programme) und ch Agentur (europäische Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogramme) zusammen. Mit dem Kompetenzzentrum für Austausch und Mobilität stellt die ch Stiftung die Koordination und Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Bereichen sicher und sorgt für die Vernetzung der Tätigkeiten. Zu diesen gehören insbesondere die Kommunikationstätigkeit, der Internet-Auftritt sowie die Informations- und Beratungstätigkeit.



Dem Literaturaustausch in der Schweiz dient die «ch Reihe», ein Förderprogramm für Übersetzung zeitgenössischer Literatur in die anderen Landessprachen. In diesem Zusammenhang fand anfangs März 2010 die 3. Literaturveranstaltung «4+1 übersetzen traduire tradurre translatar» in Chur statt.

Der Standort der ch Stiftung mit insgesamt rund 50 Arbeitsplätzen ist und bleibt Solothurn. Vor dem Hintergrund der personellen Erweiterung verliess die ch Stiftung die Büroräumlichkeiten an der Poststrasse 10 und bezog neue Räumlichkeiten an der Dornacherstrasse 28A in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofs Solothurn. Dieser Wechsel konnte dank der tatkräftigen fachlichen Unterstützung durch das Hochbauamt und das Amt für Informatik und Organisation des Kantons Solothurn verwirklicht werden.

Im Sinne einer Dienstleistung zugunsten der Kantonsregierungen führt die ch Stiftung alljährlich im Januar – im Jahr 2011 zum 23. Mal – die ch Regierungs-Seminare durch. Diese ermöglichen den Regierungsrätinnen und Regierungsräten aus der ganzen Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein, aktuelle Themen fundiert zu erörtern.

Im Bemühen, den Föderalismus weiterzuentwickeln und zu erneuern, legte die ch Stiftung für das Berichtsjahr 2010 den sechsten Monitoring-Bericht «Föderalismus» vor.

7. Pflege und Förderung der Unternehmenskultur

An den beiden im Berichtsjahr organisierten Sowieso! Club-Mittagsveranstaltungen wurde den Teilnehmenden die Möglichkeit geboten, zwei interessanten Referenten auf den Zahn zu fühlen. Dany Ryser, Trainer des weltmeisterlichen U-17-Fussball-Nationalteams beeindruckte mit seinen Ausführungen über Aspekte wie Persönlichkeitsentwicklung, Teambildung und Talentmanagement nicht nur Sportbegeisterte. Thomas Nücke, seines Zeichens EU-Botschaftsrat der EU-Delegation in Bern, informierte aus erster Hand über die jüngsten Entwicklungen innerhalb der EU und sprach über das Verhältnis der Schweiz zu Europa und zur EU.

Als Ergebnis der Überprüfung ihrer Tätigkeit beschloss die Sowieso!-Kerngruppe, in Ergänzung ihrer Sowieso! Club-Veranstaltungen im Sinne eines Projektes eine zielgruppenorientierte Veranstaltung für die jungen Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung durchzuführen. So stand denn auch die Organisation und Durchführung der U25-Tagung im Zentrum der Tätigkeiten der Sowieso!-Kerngruppe. Zweck dieser Tagung war, den 20- bis 25jährigen Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung die Unternehmenskultur näher zu bringen und gleichzeitig deren Impulse aufzunehmen. In den Workshops zu den Themen «Motivation am Arbeitsplatz», «Unternehmenskultur» und «Wissen über den Arbeitgeber Kanton Solothurn» war aktive Mitarbeit gefragt. Im anschliessenden Podiumsgespräch mit vier jungen Sportlern aus dem Kanton Solothurn zum Thema Motivation wurde eine Brücke in einen anderen Lebensbereich geschlagen. Der abschliessende Apéro diente dem Erfahrungsaustausch und bot den jungen Mitarbeitenden die Möglichkeit, Kontakte über die eigenen Bereiche hinaus zu knüpfen.

Die positiven Rückmeldungen zum Anlass bestärkten die Sowieso!-Kerngruppe, den eingeschlagenen Weg beizubehalten und einen Folgeanlass ins Auge zu fassen.

8. Förderung der innerkantonalen und internationalen Beziehungen

Aus den Mitteln der «Solothurner Stiftung 1981/1991» konnten wiederum Beiträge an inner- und interkantonale Begegnungsaktionen zugesichert werden.

Die Stiftung weist per 31. Dezember 2010 einen Saldo von 11'008 Franken auf.

9. Tätigkeitsbericht des kantonalen Beauftragten für Information und Datenschutz

Der Tätigkeitsbericht des Beauftragten für Information und Datenschutz wird dem Kantonsrat zur Kenntnis gebracht (§ 32 Abs. 1 lit. f des Informations- und Datenschutzgesetzes).



10. Politische Rechte

10.1 Volkswahlen

24. Januar 2010 2. Wahlgang der Ständeratsersatzwahl
Gewählt wurde Roberto Zanetti mit 29'768 Stimmen.
Roland Fürst erhielt 17'259, Heinz Müller erhielt 12'738 Stimmen.

10.2 Volksinitiativen

Am 1. Oktober 2010 wurde die Verfassungsinitiative «KMU-Förderinitiative: Weniger Bürokratie – mehr Arbeitsplätze» eingereicht.

10.3 Standesinitiativen

Am 10. November 2010 hat der Kantonsrat die Standesinitiative gegen die Zulassung von 60-Tonner-Lastwagen beschlossen (SGB121/2010).

10.4 Referenden

Keine

10.5 Volksaufträge

5. November 2010 VA «Für mehr Sonntagsruhe»

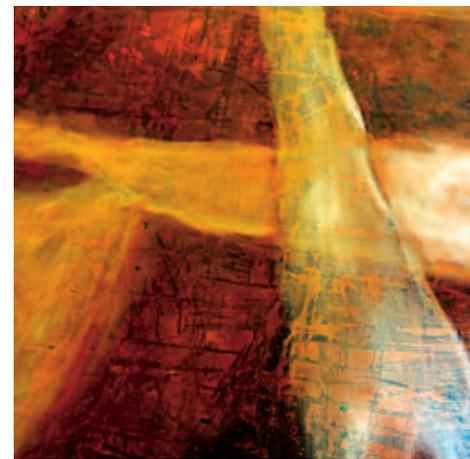
10.6 Petitionen

Keine

10.7 Volksabstimmungen

Eidgenössische Abstimmungen

2010	Titel	Stimmbeteiligung %	Ja	Nein
7. März	Bundesbeschluss vom 25. September 2009 zu einem Verfassungsartikel über die Forschung am Menschen	43,9	53'740	19'421
	Volksinitiative vom 26. Juli 2007 «Gegen Tierquälerei und für einen besseren Rechtsschutz der Tiere (Tierschutzanwalt-Initiative)»	44,2	23'170	51'650
	Änderung vom 19. Dezember 2008 des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge, (BVG; Mindestumwandlungssatz)	44,2	16'732	57'855
26. September	Änderung vom 19. März 2010 des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzschiädigung (Arbeitslosenversicherungsgesetz, AVIG)	37,5	34'722	28'756
28. November	Volksinitiative «Für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative)» und als direkter Gegenentwurf der Bundesbeschluss vom 10. Juni 2010 über die Aus- und Wegweisung krimineller Ausländerinnen und Ausländer im Rahmen der Bundesverfassung	55,0		
	Kanton:			
	Annahme Initiative		54'349	39'158
	Gegenvorschlag		41'492	50'781
	Stichfrage Initiative:	49'714		
	Stichfrage Gegenentwurf:	40'879		
	Volksinitiative «Für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb (Steurgerechtigkeits-Initiative)»	54,2	37'686	53'973



Kantonale Abstimmungen

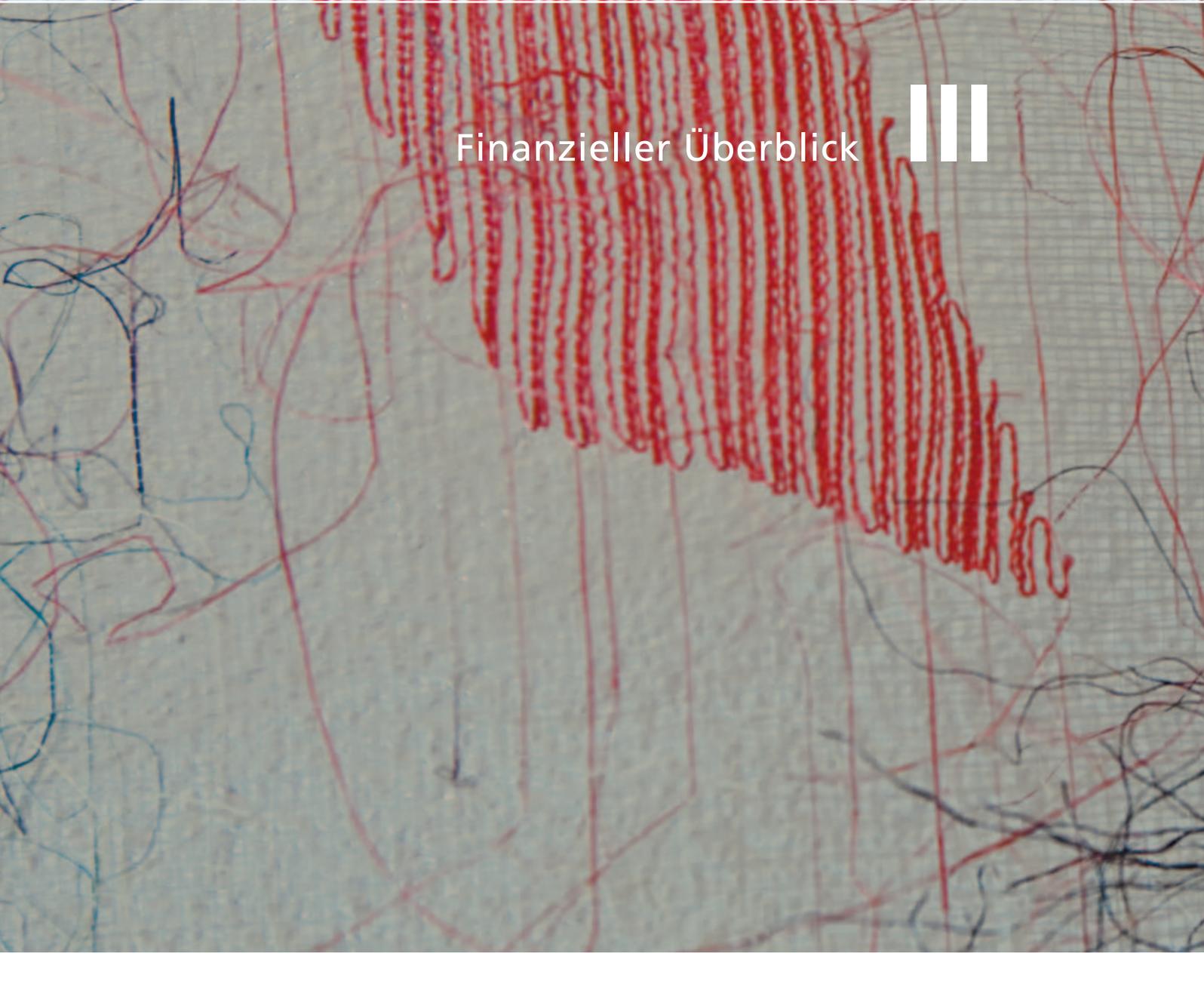
2010	Titel	Stimmbeteiligung %	Ja	Nein
7. März	Hochwasserschutz- und Renaturierungsprojekt Emme in Biberist und Gerlafingen; Bewilligung eines Verpflichtungskredites	42,1	57'675	12'745
13. Juni	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel	30,4	27'629	23'514
	Volksinitiative «für ein liberaleres Gesundheitsgesetz und ein vernünftiges Rauchverbot»	30,6	17'703	34'475
26. September	Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat)	37,9	37'404	26'583
	Änderung der Kantonsverfassung als Folge des HarmoS-Konkordates	37,9	37'147	26'610
	Änderung der Kantonsverfassung: Einführungsgesetzgebung zur Schweizerischen Strafprozessordnung und zur Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung	37,6	52'511	8'564
	Änderung der Kantonsverfassung: Einführungsgesetzgebung zur Schweizerischen Zivilprozessordnung	37,6	49'762	11'179
	Transfer Klinik Allerheiligenberg	37,7	35'577	27'438

10.8 Kantonale Vernehmlassungen

Im Berichtsjahr wurde im Kanton 1 Vernehmlassungsverfahren eröffnet (im Vorjahr 5).

Titel	Departement/Amt
Revision des Gesetzes über die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches; neues Erwachsenenschutz-, Personen- und Kindsrecht	Departement des Innern Amt für soziale Sicherheit





Finanzieller Überblick



1.

Das Rechnungsergebnis in Kürze

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	RE 09	VA 10	RE 10
Ertrag (ohne a.o. Erträge)	1'882,4	1'800,2	1'901,3
Aufwand (ohne Abschreibungen und a.o. Aufwände)	-1'662,9	-1'709,2	-1'732,6
Bruttoertragsüberschuss (Cash Flow)	219,6	91,0	168,7
Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	-36,0	-38,7	-39,9
Abschreibungen auf Spezialfinanzierungen	-40,9	-55,8	-49,3
Operatives Ergebnis	+142,7	-3,5	+79,5
+ a.o. Ertrag (Gewinn aus Neustrukturierung der Alpiq AG)	+49,2		
Gesamtergebnis	+191,9	-3,5	+79,5

Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)			
Ausgaben	166,6	202,2	173,6
Rückstellungen für Verpflichtungen (GB-Reserven)	+0,5	0	-2,2
Einnahmen	-57,1	-71,0	-60,0
Nettoinvestitionen	109,9	131,1	111,4

Finanzierung (in Mio. Fr.)			
Bruttoertragsüberschuss (Cash Flow ohne a.o. Aufwände/Erträge)	219,6	91,0	168,7
– Nettoinvestitionen	-109,9	-131,1	-111,4
Operatives Finanzierungsergebnis	+109,6	-40,1	+57,2
Effektives Finanzierungsergebnis	+158,8	-40,1	+57,2
Operativer Selbstfinanzierungsgrad	200 %	69 %	151 %
Effektiver Selbstfinanzierungsgrad	244 %	69 %	151 %

Das operative Ergebnis der Erfolgsrechnung ist um 83,0 Mio. Fr. besser ausgefallen als budgetiert. Mit einem operativen Ertragsüberschuss von 79,5 Mio. Fr. kann ein weiteres sehr gutes Jahr abgeschlossen werden. Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich jedoch der operative Ertragsüberschuss um 63,2 Mio. Fr..



1.1 Die grössten Abweichungen zwischen Voranschlag und Rechnung 2010

Die grössten Abweichungen von mehr als 2 Mio. Franken zwischen dem Voranschlag und der Rechnung 2010 (ohne durchlaufende Beiträge, Spezialfinanzierungen und Nachtragskredite) sind in der nachfolgenden Zusammenstellung ersichtlich:

1.1.1 Erfolgsrechnung

Mehrertrag (Ergebnisverbesserung):	in Mio. Fr.
1) Steuerertrag	62,9
2) Bundesanteile	11,5
	74,4

Minderaufwand (Ergebnisverbesserung):	in Mio. Fr.
3) Volksschulen	10,7
4) Ergänzungsleistungen Familien	7,6
5) Sozialleistungen (inkl. Korrektur von 2,9 Mio. Fr. aus dem Vorjahr)	5,5
6) GB «öffentlicher Verkehr»	3,9
7) GB «Mittelschulbildung»	3,5
8) Zinsendienst	2,2
9) Soziale Institutionen	2,1
	35,5

Total ergebnisverbessernde Abweichungen der 9 Positionen: 109,9

Minderertrag (Ergebnisverschlechterung)	in Mio. Fr.
10) Erlös aus veräussertem Grundeigentum	3,6
	3,6

Mehraufwand (Ergebnisverschlechterung):	in Mio. Fr.
11) Ergänzungsleistungen AHV/IV	13,2
12) Betriebsbeitrag an die soH (inkl. Rückstellung von 11,0 Mio. Fr.)	11,0
13) Rückstellung Planungsmehrwert, Kaufvertrag Grundbuch Luterbach Nr. 770 (Borregaard)	4,7
14) Bildung Rückstellungen Globalbudgetreserven	4,1
15) Kostgelder Straf- und Massnahmenvollzug	2,0
	35,0

Total ergebnisverschlechternde Abweichungen der 6 Positionen: 38,6

13) Als Planungsmehrwert gilt die Differenz zwischen dem heutigen Verkehrswert für voll erschlossenes Industrieland und dem künftigen Verkehrswert mit dem in Rechtskraft stehenden revidierten Zonenplan. Sofern die Differenz kleiner ist als Fr. 30.-/m² wird kein Planungsmehrwert ausbezahlt, sofern die Differenz grösser ist als Fr. 30.-/m² wird davon Fr. 20.-/m² oder insgesamt Fr. 4'721'600.- zur Auszahlung kommen. Diese Vereinbarung gilt bis 5 Jahre nach Eintritt der Rechtskraft der geänderten Nutzungspläne.

Die oben aufgeführten 15 Positionen (+71,3 Mio. Fr.) vermögen die Verbesserung des operativen Ergebnisses von 83,0 Mio. Fr. gegenüber dem Voranschlag zu 86 % zu erklären.



1.1.2 Investitionsrechnung

Tiefere Nettoinvestitionen:	in Mio.Fr.
1) Spitalbauten	10,2
2) Kantonsstrassenbau	6,2
3) Auflösung Rückstellungen nicht beanspruchter Globalbudgetkredite	2,2
Total ergebnisverbessernde Abweichungen der 3 Positionen	18,6

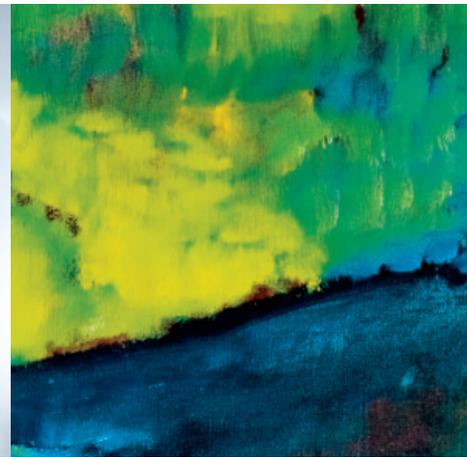
Die oben aufgeführten 3 Positionen (-18,6 Mio. Fr.) vermögen die Reduktion der Nettoinvestitionen von 19,7 Mio. Fr. gegenüber dem Voranschlag zu 94 % zu erklären.

1.2 Die grössten Abweichungen zwischen Rechnung 2009 und Rechnung 2010

Die grössten Abweichungen von mehr als 2 Mio. Franken zwischen der Rechnung 2009 und der Rechnung 2010 (ohne durchlaufende Beiträge, Spezialfinanzierungen und Nachtragskredite) sind in der nachfolgenden Zusammenstellung ersichtlich:

1.2.1 Erfolgsrechnung

Minderaufwand (Ergebnisverbesserung):	
1) Zinsendienst	5,2
2) Sozialeleistungen (inkl. Korrektur von 2,9 Mio. Fr. aus dem Vorjahr)	4,3
3) Betriebskosten- / Defizitbeiträge an Sonderschulheime	4,2
4) Soziale Institutionen	4,0
5) GB «Mittelschulbildung»	2,9
	20,6
Total ergebnisverbessernde Abweichungen der 5 Positionen	20,6
Minderertrag (Ergebnisverschlechterung)	
in Mio.Fr.	
6) Bundesanteile	16,4
7) Steuerertrag	5,0
8) Erlös aus veräussertem Grundeigentum	2,9
	24,3



Mehraufwand (Ergebnisverschlechterung):	in Mio. Fr.
9) Betriebsbeitrag an die soH (inkl. Rückstellung von 11,0 Mio.Fr.)	11,9
10) Ergänzungsleistungen AHV/IV	8,9
11) Betriebskosten- / Defizitbeiträge an Sonderschulheime	6,4
12) Prämienverbilligung KVG	5,6
13) Rückstellung Planungsmehrwert, Kaufvertrag Grundbuch Luterbach Nr. 770 (Borregaard)	4,7
14) Abschreibungen Verwaltungsvermögen	3,6
15) GB «Berufsschulbildung» (inkl. Rückstellung von 3,8 Mio.Fr.)	2,9
16) Kostgelder Straf- und Massnahmenvollzug	2,7
17) GB «öffentlicher Verkehr»	2,2
18) GB «Volksschulen und Kindergarten»	2,2
19) GB «Gerichte»	2,0
	53,1
Total ergebnisverschlechternde Abweichungen der 14 Positionen	77,4

Die oben aufgeführten 19 Positionen (-56,8 Mio. Fr.) vermögen die Verschlechterung des operativen Ergebnisses von 63,2 Mio. Fr. gegenüber der Rechnung 2009 zu 90 % zu erklären.

1.2.2 Investitionsrechnung

Tiefere Nettoinvestitionen:	in Mio. Fr.
1) Spitalbauten	9,3
2) Auflösung Rückstellungen nicht beanspruchter Globalbudgetkredite	2,7
Total ergebnisverbessernde Abweichungen der 2 Positionen	12,0

Höhere Nettoinvestitionen:	in Mio. Fr.
3) Allgemeine und Bildungsbauten	8,0
4) Öffentlicher Verkehr	2,5
Total ergebnisverschlechternde Abweichungen der 2 Positionen	10,5

Neben den oben aufgeführten 4 Positionen (-1,5 Mio. Fr.) führten verschiedene kleinere Erhöhungen (bspw. Informationstechnologie +1,9 Mio. Fr.) zu einer Zunahme der Nettoinvestitionen 2010 von 1,5 Mio. Fr. gegenüber der Rechnung 2009.



1.3 Finanzkennzahlen 2006 – 2010

Die nachfolgenden Kennzahlen zeigen die Entwicklung der kantonalen Finanzlage anhand der Staatsrechnungen 2006 bis 2010.

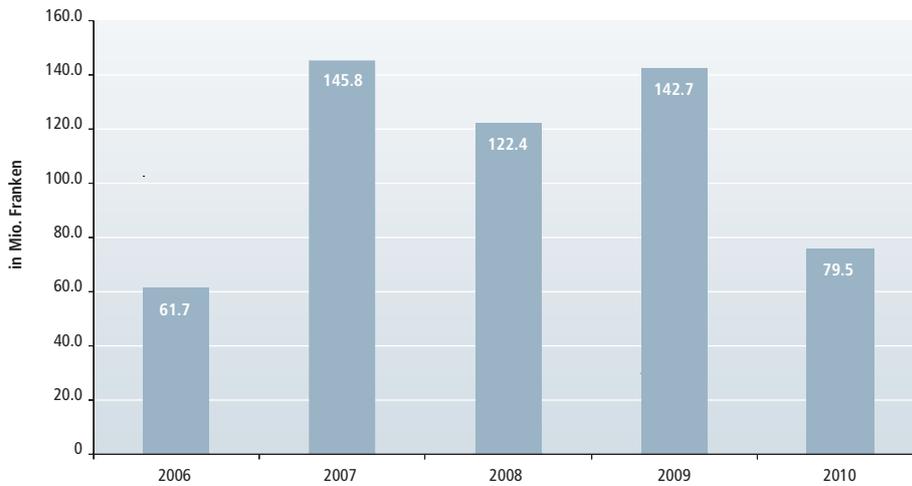
Kennzahlen (in Mio. Fr. bzw. %)	2006	2007	2008	2009	2010
Cash Flow	138,0	244,9	195,4	219,6	168,7
- Abschreibungen	-76,3	-99,1	-73,0	-76,8	-89,2
Operatives Ergebnis ER	+61,7	+145,8	+122,4	+142,7	+79,5
+ Bilanzbereinigung					
+ a.o. Erträge/Aufwände		-69,1		+49,2	
Gesamtergebnis	+61,7	+76,7	+122,4	+191,9	+79,5
Nettoinvestitionen	91,7	110,0	103,3	109,9	111,4
Operatives Finanzierungsergebnis	+46,3	+134,9	+92,1	+109,6	+57,2
Effektives Finanzierungsergebnis	+46,3	+134,9	+92,1	+158,8	+57,2
Operativer Selbstfinanzierungsgrad	150 %	223 %	189 %	200 %	151 %
Effektiver Selbstfinanzierungsgrad	150 %	223 %	189 %	244 %	151 %
Gesamtabschreibungssatz	22,1 %	43,0 %*	21,5 %	20,5 %	21,6 %
Nettoverschuldung	400,5	265,5	173,3	14,6	-42,7
Dito, in Fr. pro Einwohner	1'590	1'050	680	60	-170
Nettozinsaufwand total	17,9	110,4	12,0	-4,5	-7,6
Dito, in % der Staatssteuern	2,5 %	1,3 %	1,6 %	-0,6 %	-1,0 %
Eigenkapital	81,7	158,4	280,9	472,8	552,3
EinwohnerInnen per Ende Jahr	251'617	253'023	254'414	255'592	256'800

* inkl. a.o. Abschreibungen (sonst 25,3 %)

Der operative Cash Flow (ohne a.o. Erträge) liegt mit 168,7 Mio. Fr. um 50,9 Mio. Fr. unter dem entsprechenden Wert des Vorjahres (2009: 219,6 Mio. Fr.).

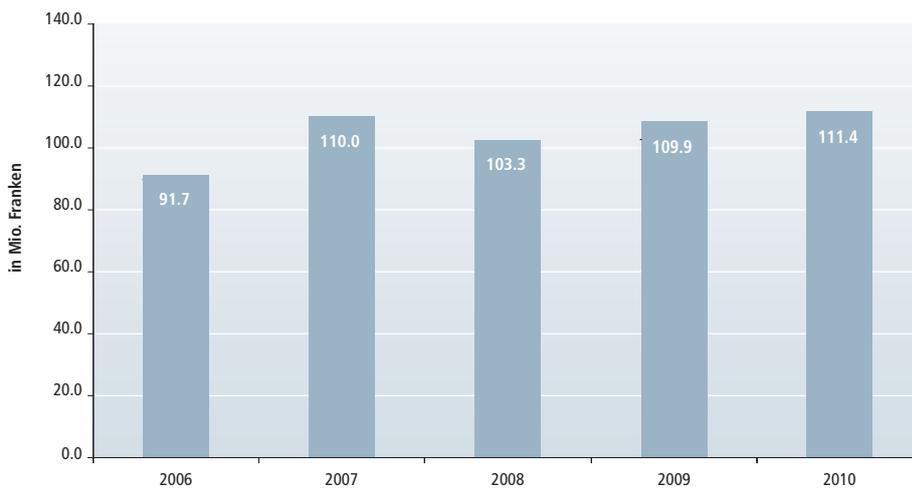


Operatives Ergebnis (Ertragsüberschuss) in Mio. Fr.



Seit 2003 schlossen die Rechnungen stets mit einem operativen Ertragsüberschuss ab. Diese Tendenz setzt sich 2010 erfreulicherweise fort.

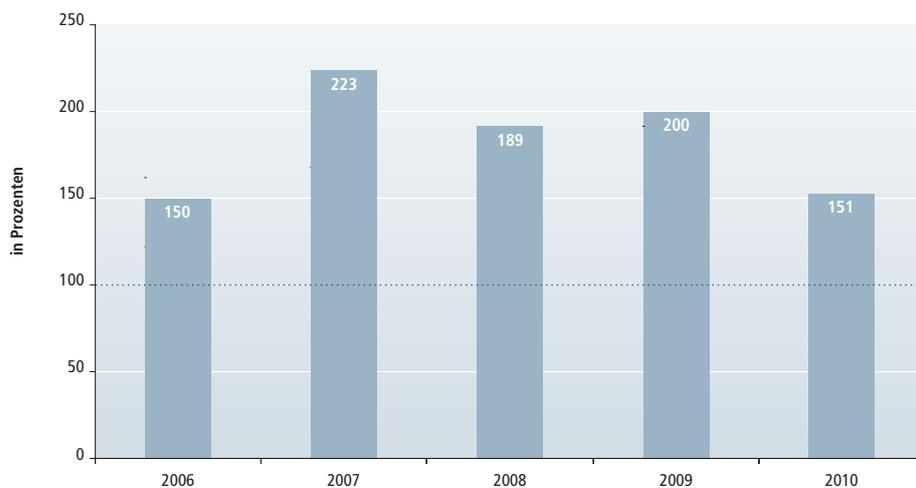
Nettoinvestitionen in Mio. Fr.



Mit Nettoinvestitionen von 111,4 Mio. Fr. liegt das Investitionsniveau 2010 leicht über dem Durchschnitt der letzten Jahre. Die Höhe der ausgabenwirksamen Nettoinvestitionen beträgt 2010 effektiv 113,6 Mio. Fr. (111,4 Mio. Fr. plus Auflösung Globalbudgetreserven von 2,2 Mio. Fr.).

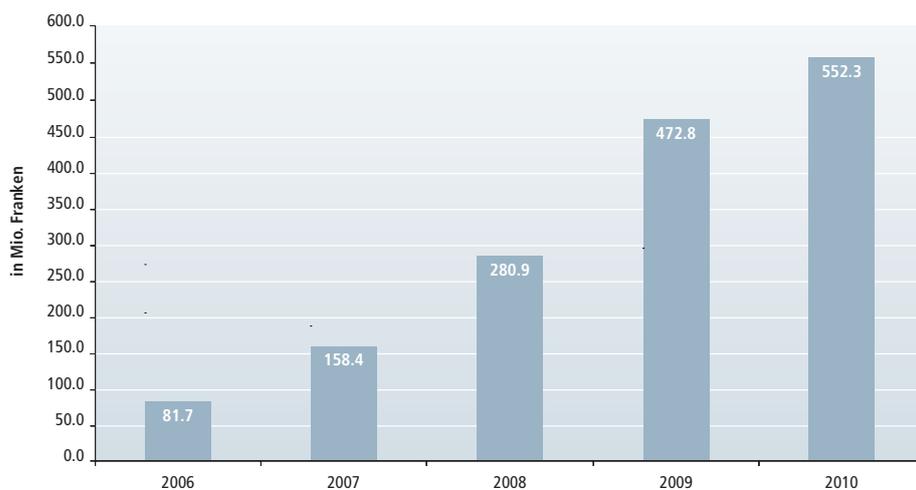


Operativer Selbstfinanzierungsgrad in %

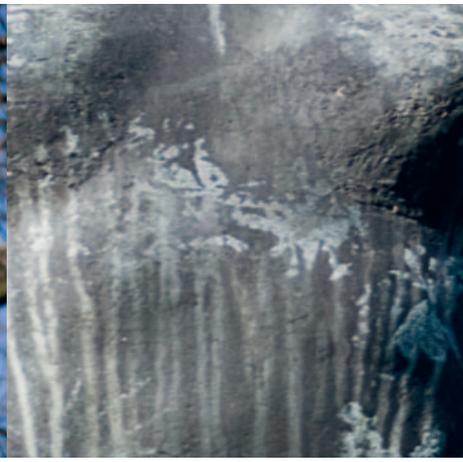


Aufgrund des hohen operativen Cash Flows und der gemässigten Investitionstätigkeit ergibt sich ein operativer Selbstfinanzierungsgrad von 151 %. Im Vorjahr betrug er ausserordentlich gute 200 % bei Nettoinvestitionen von 109,9 Mio. Fr..

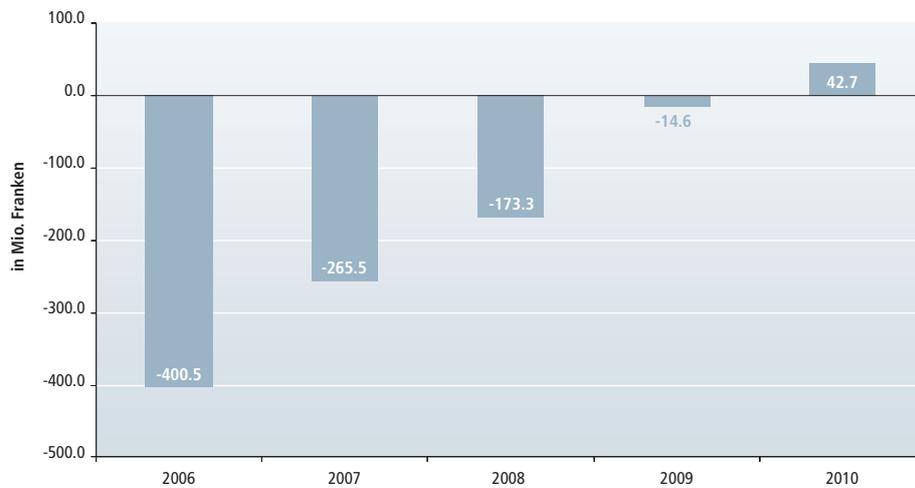
Eigenkapital in Mio. Fr.



Das Eigenkapital, welches erstmals 2005 entstanden ist, konnte mit dem Rechnungsabschluss 2010 weiter erhöht werden. Per 31. Dezember 2010 weist die Staatsbilanz ein Eigenkapital von 552,3 Mio. Fr. aus.



Nettoverschuldung in Mio. Fr.



Mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 151 % (Finanzierungsüberschuss von 57,2 Mio. Fr.) kann im Berichtsjahr 2010 die Nettoverschuldung von 14,6 Mio. Fr. erstmals seit mehr als 50 Jahren in ein Nettovermögen von 42,7 Mio. Fr. verwandelt werden. Das Nettovermögen pro Einwohner beläuft sich per Ende 2010 auf rund 170 Fr. (Vorjahr: Nettoverschuldung pro Einwohner von 60 Fr.).



1.4 Ergebnis nach Behörden und Departementen

1.4.1 Erfolgsrechnung

Behörden

In Mio. Fr.	RE09	VA10	RE10	Diff. 10
Aufwand	5,5	5,6	5,5	-0,1
Ertrag	-0,6	-0,5	-0,4	0,1
Verrechnungen	-1,4	-1,5	-1,5	0
Saldo	3,5	3,6	3,6	0

Staatskanzlei

In Mio. Fr.	RE09	VA10	RE10	Diff. 10
Aufwand	11,5	11,2	11,0	-0,2
Ertrag	-3,0	-2,9	-3,4	-0,5
Verrechnungen	-5,8	-5,9	-5,8	0,1
Saldo	2,7	2,4	1,8	-0,6

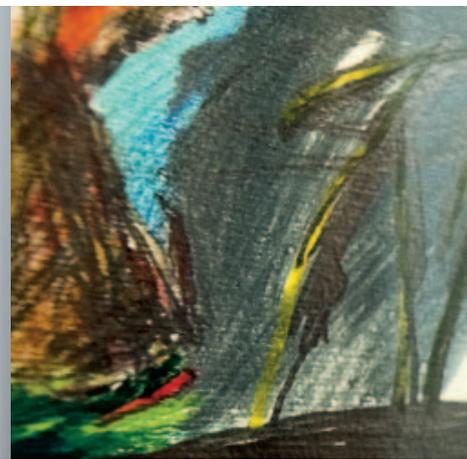
Infolge rekordhoher Lehrmittelverkäufe und leicht tieferer Portikosten im Berichtsjahr 2010 resultiert eine Saldoverbesserung in der Höhe von 0,6 Mio. Fr.. In der Rechnung 2009 erfolgte noch eine Saldoüberschreitung um ca. 0,3 Mio. Fr. aufgrund einmaliger Vorinvestitionen in neue Lehrmittel im Eigenverlag.

Bau- und Justizdepartement

In Mio. Fr.	RE09	VA10	RE10	Diff. 10
Aufwand	207,2	231,6	223,9	-7,8
Ertrag	-102,3	-119,6	-109,5	10,1
Verrechnungen	-83,1	-78,8	-82,6	-3,7
Saldo	21,8	33,2	31,8	-1,4

Minderaufwände bei den Abschreibungen von 3,3 Mio. Fr., den Beiträgen an konzessionierten Transportunternehmen von 3,2 Mio. Fr. und beim tieferen Honorarvolumen (zurückgestellte oder günstiger abgeschlossene Projekte) im Amt für Umwelt von 1,2 Mio. Fr. führten zu einer Aufwandreduktion von 7,8 Mio. Fr..

Der im Vergleich zum Voranschlag tiefer ausgefallene Ertrag ist geprägt durch die geringer als ursprünglich geplanten Entnahmen aus Spezialfinanzierungen (insbesondere Strassenbaufonds) in der Höhe von 9,5 Mio. Fr. und der nicht realisierten Buchgewinne im Rahmen von geplanten Landverkäufen (Voranschlag 3,8 Mio. Fr.).



Departement für Bildung und Kultur

In Mio. Fr.	RE09	VA10	RE10	Diff. 10
Aufwand	425,3	439,5	428,5	-11,0
Ertrag	-44,7	-41,6	-49,3	-7,7
Verrechnungen	24,9	26,3	26,9	0,6
Saldo	405,5	424,3	406,2	-18,1

Der Minderaufwand ist hauptsächlich auf die Budgetunterschreitung von 12,5 Mio. Fr. im Amt für Volksschule und Kindergarten (Beiträge an Gemeinden im Bereich Volksschule, Aufwand für Projekte und Budgetunterschreitung Globalbudget) zurückzuführen.

Der Mehrertrag ist hauptsächlich durch höhere Erträge an den kantonalen Schulen (2,5 Mio. Fr. Mittelschulen, 3,6 Mio. Fr. Berufsbildungszentren) sowie bei der Finanzgrösse Schulgelder (1,4 Mio. Fr. höhere Bundesbeiträge an Berufsbildung und höhere Berufsbildung) zu erklären.

Der Mehraufwand gegenüber der Rechnung 2009 von 3,2 Mio. Fr. ist auf die Bildung einer Rückstellung von 3,8 Mio. Fr. für die Schliessung der Deckungslücke der Pensionskasse Solothurn für die beabsichtigte Privatisierung und Fusion der Höheren Fachschulen Technik in Grenchen und Biel (RRB Nr. 2010/705 vom 20.4.2010) zurückzuführen.

Der Mehrertrag gegenüber der Rechnung 2009 von 4,6 Mio. Fr. beruht auf höheren Erträgen bei den kantonalen Schulen und der Finanzgrösse Schulgelder.

Finanzdepartement

In Mio. Fr.	RE09*	VA10	RE10	Diff. 10
Aufwand	163,8	156,3	164,8	8,6
Ertrag	-1'297,8	-1'184,7	-1'278,4	-93,7
Verrechnungen	1,0	-11,3	-3,5	7,8
Saldo	-1'133,0	-1'039,8	-1'117,1	-77,3

* ohne a.o. Ertrag von 49,2 Mio. Fr. (Buchgewinn aus dem Aktienverkauf)

Die Verbesserung gegenüber dem Budget von 77,3 Mio. Fr. ist hauptsächlich auf die Mehrerträge bei den Steuern (+73,0 Mio. Fr.) und den Bundesanteilen (+15,4 Mio. Fr.) zurückzuführen.

Im Vergleich zur Rechnung 2009 waren vor allem bei den Bundesanteilen Mindereinnahmen (-14,3 Mio. Fr.) zu verzeichnen. Ein stabiles Steuersubstrat und eine raschere Erholung der Wirtschaft von der Finanz- und Wirtschaftskrise führten zu einem praktisch unveränderten Steuerertrag. Auf der Aufwandseite fiel Dank eines günstigen Zinsumfeldes und der Abnahme des Fremdkapitals eine tiefere Zinslast an.



Departement des Innern

In Mio. Fr.	RE09	VA10	RE10	Diff. 10
Aufwand	726,9	761,2	783,4	22,2
Ertrag	-306,2	-321,5	-327,5	-6,0
Verrechnungen	67,7	69,8	68,8	-1,1
Saldo	488,4	509,6	524,7	-15,1

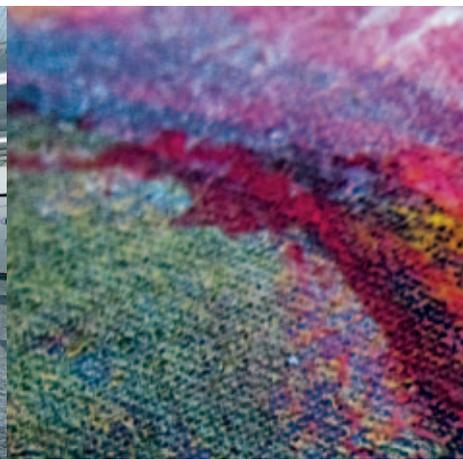
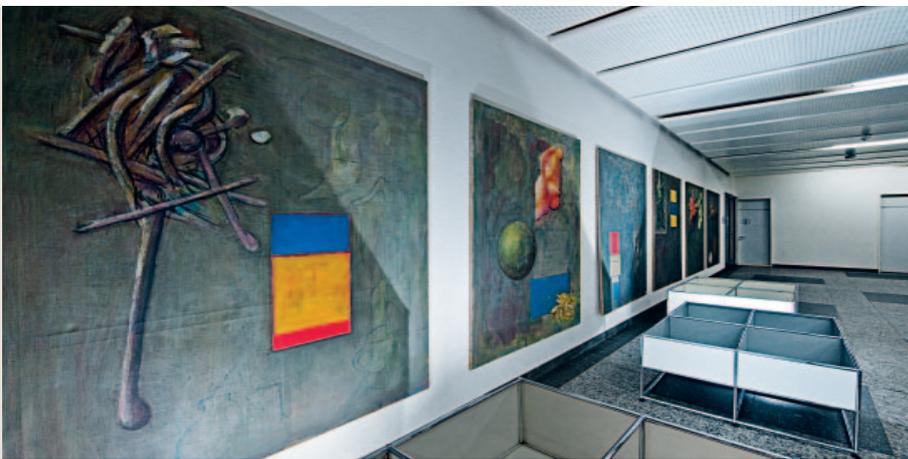
Das Budget wurde um 15,1 Mio. Fr. überschritten. Hauptgründe sind Mehraufwände bei den Betriebsbeiträgen an die Solothurner Spitäler AG (Rückstellungen PK +11 Mio. Fr.) und bei den Sozialversicherungen und Ergänzungshilfen (+ 5,2 Mio. Fr.) sowie Minderaufwände bei den Spitalbehandlungen gemäss KVG (-1,6 Mio. Fr.).

Die Rechnung 2010 schliesst um 36,3 Mio. Fr. über dem Vorjahr ab. Erhöhungen gab es bei den Betriebsbeiträgen an die Solothurner Spitäler AG (+11,8 Mio. Fr.) und den Spitalbehandlungen gemäss KVG (+6,4 Mio. Fr.). Grund für die Mehraufwände war die Auflösung von in den letzten Jahren zuviel gebildeten Abgrenzungen im Jahr 2009 (-5,0 Mio. Franken). Weiter ins Gewicht fallende Mehraufwände liegen bei den Sozialversicherungen und Ergänzungshilfen (+8,9 Mio. Fr.), bei der IPV (+ 4,0 Mio. Fr.) und bei den Taggeldern Straf- und Massnahmenvollzug (+2,7 Mio. Fr.).

Volkswirtschaftsdepartement

In Mio. Fr.	RE09	VA10	RE10	Diff. 10
Aufwand	178,6	176,3	181,9	5,6
Ertrag	-123,0	-124,1	-127,7	-3,6
Verrechnungen	-5,4	-1,0	-4,8	-3,8
Saldo	50,2	51,2	49,4	-1,8

Das Ergebnis, leicht besser als budgetiert, ergibt sich aufgrund eines höheren Beitrags an den AVIG-Vollzug (Arbeitslosenkasse und RAV) im Amt für Wirtschaft und Arbeit (+1,8 Mio. Fr.), welcher durch die guten Abschlüsse der restlichen Ämter kompensiert werden konnte. Dieser AVIG-Beitrag wird vom Bund in Rechnung gestellt. Die Beitragshöhe ist zum Zeitpunkt der Budgetierung nicht bekannt. Grössere Differenzen ergaben sich bei dem für das Volkswirtschaftsdepartement saldoneutralen Durchlaufposten Finanzausgleich Kirchgemeinden (Aufwand -1,9 Mio. Fr.; Ertrag -5,7 Mio. Fr. und Zuweisung über interne Verrechnungen +3,8 Mio. Fr.) und bei den durchlaufenden Bundesbeiträgen in den Bereichen Landwirtschaft (+4,6 Mio. Fr.) und Militär (+0,3 Mio. Fr.). Die Energiefachstelle erhielt 2,5 Mio. Fr. mehr Bundesgelder als budgetiert. Diese wurden 2010 über das Förderprogramm auch ausgeschüttet.



Gerichte

In Mio. Fr.	RE09	VA10	RE10	Diff. 10
Aufwand	20,8	22,0	22,9	0,9
Ertrag	-4,9	-5,3	-5,2	0,1
Verrechnungen	2,2	2,4	2,4	0
Saldo	18,1	19,1	20,1	1,0

Die Kostensteigerung um 0,9 Mio. Fr. im 2010 ist im wesentlichen auf höhere Ausgaben bei der unentgeltlichen Rechtspflege und vor allem bei den schwierig planbaren Kosten für die amtliche Verteidigung zurückzuführen. Im Jahr 2010 war eine deutliche Zunahme der erledigten Straffälle zu verzeichnen, welche auf die Erhöhung der Anzahl Staatsanwälte zurückzuführen ist.

1.4.2 Investitionsrechnung

Bau- und Justizdepartement

In Mio. Fr.	RE09	VA10	RE10	Diff. 10
Ausgaben	139,6	180,9	148,6	-32,3
Einnahmen	-44,7	-65,3	-51,7	13,6
Nettoinvestitionen	94,8	115,6	96,9	-18,7

Es wurden netto rund 49,1 Mio. Fr. in das Verwaltungsvermögen des Kantons investiert. Die Nettoinvestitionen fielen rund 12,5 Mio. Fr. tiefer aus als budgetiert. Bauverzögerungen bei grossen Hochbau-Projekten führten zu geringeren Ausgaben von rund 9,7 Mio. Fr.. Das Amt für Umwelt musste wegen fehlender Ressourcen auf die Realisierung weniger wichtiger Kleinprojekte von insgesamt 1,0 Mio. Fr. verzichten. Infolge Vakanzen konnten im Projekt RADAV (amtliche Vermessung) 0,8 Mio. Fr. weniger als geplant investiert werden. Für den planbaren Unterhalt Hochbauamt wurden 2,2 Mio. Fr. mehr als geplant beansprucht.

Die Nettoinvestitionen im Strassenbau betragen 47,8 Mio. Fr. und fielen rund 6,2 Mio. Fr. tiefer aus als budgetiert. Die Unterschreitung des Voranschlags ist unter anderem auf die kostengünstigeren Ausführungen der Grossprojekte Betonstrassensanierung H5 und Sanierung des Viadukts Wangen bei Olten zurückzuführen. Aufgrund von Bauverzögerungen mussten weiter vereinzelt Leistungen ins Jahr 2011 verschoben werden. Für die Verlängerung der Entlastung Region Olten (ERO) Richtung Westen, Projekt «Sanierung Bahnübergang Mühle» (Teilumfahrung Rickenbach/Hägendorf), konnte keine zweckmässige Linienführung gefunden werden. Das Projekt wurde deshalb sisitiert.



Departement für Bildung und Kultur

In Mio. Fr.	RE09	VA10	RE10	Diff. 10
Ausgaben	3,3	1,8	2,5	0,7
Einnahmen	-2,5	-1,5	-1,8	-0,3
Nettoinvestitionen	0,8	0,3	0,6	0,3

Die Zunahme der Nettoausgaben in der Rechnung von 0,3 Mio. Fr. ist auf die Möblierung von fünf Schulzimmern sowie den Ersatz von sämtlichen Stühlen im Hauptgebäude der Kantonsschule Solothurn zurückzuführen. Da die Anschaffungen die Grenze von Fr. 50'000 überstiegen, wurden sie der Investitionsrechnung belastet (§ 39 WoV-G und § 29 WoV-VO).

Im 2009 leistete der Kanton Investitionsbeiträge an das Ausbildungszentrum des Gastgewerbes (SGB 145/2008) und an den Berufslernverbund Thal-Gäu-Bipperramt (RRB Nr. 2009/508).

Finanzdepartement

In Mio. Fr.	RE09	VA10	RE10	Diff. 10
Ausgaben	1,6	8,6	7,8	-0,8
Einnahmen	-1,9	0	0	0
Nettoinvestitionen	-0,3	8,6	7,8	-0,8

Das Amt für Informatik und Organisation hatte im Projektbereich einen um 0,7 Mio. Fr. grösseren Finanzbedarf als budgetiert. Zusammen mit den Mehreinnahmen im Bereich Infrastruktur und der Auflösung von Globalbudget-Reserven der Investitionsrechnung von über 2,2 Mio. Fr. schliesst die Rechnung jedoch mit 6,9 Mio. Fr. um 1,7 Mio. Fr. unter dem Voranschlag ab.



Departement des Innern

In Mio. Fr.	RE09	VA10	RE10	Diff. 10
Ausgaben	5,1	2,1	4,0	-1,9
Einnahmen	-2,5	0	-1,1	-1,1
Nettoinvestitionen	2,7	2,1	2,9	0,8

Die Investitionsrechnung des Departementes des Innern blieb mit Nettoausgaben von 2,9 Mio. Fr. um 0,8 Mio. Fr. über dem Voranschlag. Gründe sind höhere Ausgaben wegen Projekten aus dem Jahre 2009, die erst 2010 abgeschlossen werden konnten.

Volkswirtschaftsdepartement

In Mio. Fr.	RE09	VA10	RE10	Diff. 10
Ausgaben	11,3	8,7	9,3	0,6
Einnahmen	-7,5	-4,3	-5,2	-0,9
Nettoinvestitionen	3,8	4,5	4,1	-0,4

Innerhalb des Finanzausgleichs Einwohnergemeinden wurden an Schulbauten Investitionsbeiträge von 0,9 Mio. Fr. anstelle der budgetierten 1,1 Mio. Fr. ausbezahlt. Für die Zufahrt zu Berghöfen wurden 0,6 Mio. Fr. anstelle der budgetierten 0,7 Mio. Fr. ausgegeben.

2.

Rahmenbedingungen

Materiell waren vor allem die folgenden finanzpolitischen Bedingungen und Budgetbeschlüsse zu berücksichtigen:

Wirtschaftswachstum 2010

Gemäss den Angaben des SECO, Staatssekretariat für Wirtschaft resultierte für das Gesamtjahr 2010 eine Zunahme des realen Bruttoinlandproduktes um 2,6 %. Die Schweizer Wirtschaft setzte ihre Erholung nach der Jahresmitte 2010 fort. Das BIP-Wachstum wurde vor allem durch die Inlandnachfrage getragen, wogegen der Aussenhandel, insbesondere mit Dienstleistungen, stark dämpfend wirkte. Die Finanz- und Wirtschaftskrise haben sich glücklicherweise weniger stark auf die Steuererträge ausgewirkt als noch Mitte 2009 befürchtet werden musste. Die durchschnittliche Jahreststeuerung im 2010 betrug 0,7 %.

Staatssteuer

Es wurde eine Staatssteuer von 105 % erhoben.

Treibstoffzollanteil, LSVA und Globalbudgetbeiträge Hauptstrassen

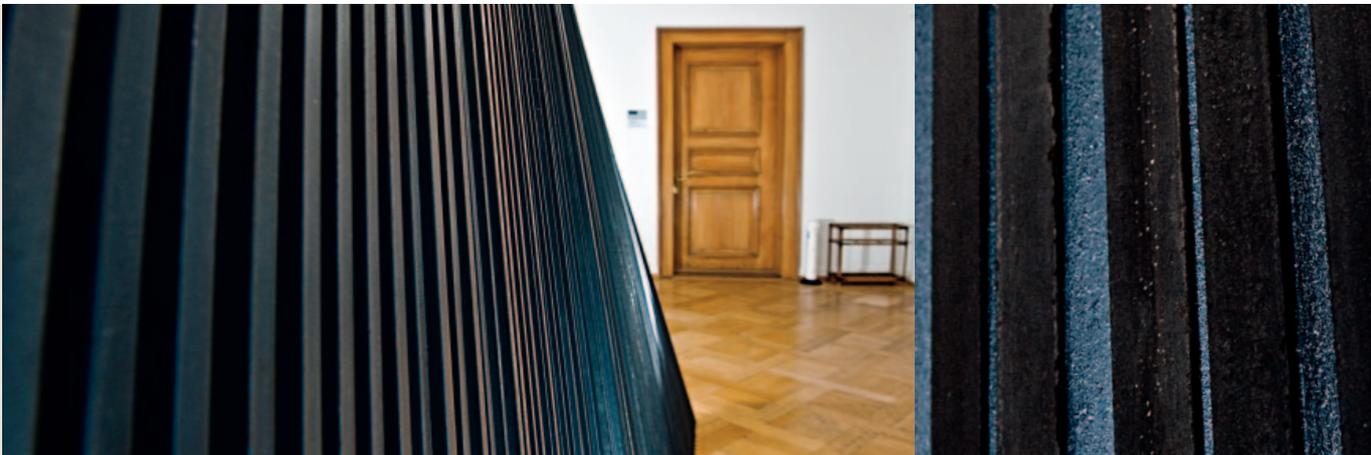
Der Allgemeine Treibstoffzollanteil von 11,2 Mio. Fr. (Vorjahr: 10,1 Mio. Fr.) sowie der Ertrag aus der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) von 10,6 Mio. Fr. (Vorjahr: 12,1 Mio. Fr.) und den Globalbudgetbeiträgen des Bundes an die Hauptstrassen gemäss NFA von 1,0 Mio. Fr. (Vorjahr: 0,9 Mio. Fr.) wurden vollumfänglich der Spezialfinanzierung «Strassenbaufonds» zugewiesen.

Löhne

Im Jahr 2009 haben die Vertragsparteien, gestützt auf Artikel 17 des Gesamtarbeitsvertrages (GAV), über die Lohnentwicklung für 2010 verhandelt. Die Gesamtarbeitsvertragskommission (GAVKO) hat sich nach längeren Verhandlungen auf eine Erhöhung der Löhne für das Staatspersonal und die Lehrpersonen an den Volksschulen um 1,0 % auf der Basis der im Jahre 2009 ausgerichteten Löhne ab dem 1. Januar 2010 geeinigt. Der Regierungsrat hat diesem in der GAVKO erzielten Verhandlungsergebnis am 18. August 2009 (RRB Nr. 2009/1485) zugestimmt. Die daraus folgenden Mehrkosten betragen rund 7,0 Mio. Fr..

Abschreibungen

Die ordentlichen Abschreibungen sind mit 10 % auf dem Verwaltungsvermögen (39,9 Mio. Fr.) und 100 % auf den Spezialfinanzierungen (49,3 Mio. Fr.) in der Rechnung enthalten. Die Investitionsbeiträge werden seit dem 1.1.2008 in der Investitionsrechnung aktiviert, jedoch gleichzeitig in der Erfolgsrechnung zu 100 % abgeschrieben.



Rückstellungen

Mit dem Rechnungsabschluss wurden folgende Rückstellungen gebildet oder erhöht:

- Rückstellungen Solothurner Spitäler AG (soH) im Umfang von 11 Mio. Fr.: Teilliquidation der Pensionskasse wegen der Schliessung der Klinik Allerheiligenberg (4,5 Mio. Fr.) und Übertritt/Einkauf von Mitarbeitenden soH in die Kantonale Pensionskasse Solothurn PKSO (6,5 Mio. Fr.).
- Für die beabsichtigte Privatisierung und Fusion der Höheren Fachschulen Technik in Grenchen und Biel wurde für die Schliessung der Deckungslücke der Kantonalen Pensionskasse Solothurn eine Rückstellung von 3,8 Mio. Fr. gebildet.
- Für die Abgeltung eines allfälligen Planungsmehrwertes im Zusammenhang mit dem Landerwerb GB Luterbach Nr. 770 (Borregaard) wurden 4,7 Mio. Fr. zurückgestellt (RRB Nr. 2010/2360 vom 14.12.2010).
- Um die Ertragsausfälle der Fachhochschule Nordwestschweiz zu decken, hat der Kantonsrat mit Beschluss SGB 101/2010 am 2.11.2010 einen Zusatzkredit von 2,6 Mio. Fr. bewilligt. Der Betrag wurde nach Rücksprache mit der kantonalen Finanzkontrolle vollumfänglich im 2010 zurückgestellt.
- Die Rückstellungen für gefährdete Steuerguthaben wurden um 1,0 Mio. Fr. auf neu 36,5 Mio. Fr. aufgestockt.
- Für nicht beanspruchte Globalbudgetkredite (Globalbudgetreserven) in der Erfolgsrechnung wurden die Rückstellungen um 1,4 Mio. Fr. auf neu 14,4 Mio. Fr. erhöht.

Mit dem Rechnungsabschluss wurden folgende Rückstellungen vermindert oder aufgelöst:

- Die Rückstellung von 60,1 Mio. Fr. für die Ausfinanzierung der Deckungslücke der Kantonalen Pensionskasse Solothurn für die Versicherten der Fachhochschule Nordwestschweiz konnte um 4,1 Mio. Fr. reduziert werden.
- In der Investitionsrechnung wurden die restlichen Rückstellungen für nicht beanspruchte Globalbudgetkredite von 2,2 Mio. Fr. per 31.12.2010 aufgelöst.
- Ab dem Jahre 2008 wurde die paritätische Finanzierung des Zivilschutzes erreicht. Die noch vorhandene Rückstellung für einen Ausgleich zwischen Kanton und Gemeinden von 0,7 Mio. Fr. konnte deshalb im 2010 aufgelöst werden.

Per saldo erhöhten sich die Rückstellungen von 125,2 Mio. Fr. per 31. Dezember 2009 um 16,0 Mio. Fr. auf 141,2 Mio. Fr. per 31. Dezember 2010.

Verzinsung Spezialfinanzierung

Im Rechnungsjahr 2010 wurde, wie bereits in den Vorjahren, auf die Verzinsung der Spezialfinanzierungen verzichtet, soweit das Gesetz im Einzelfall nicht zwingend eine Verzinsung vorschreibt.

Formelle Grundlage

Formell richtet sich der Geschäftsbericht 2010 nach der per 1. Januar 2005 in Kraft getretenen WoV-Gesetzgebung (Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G; BGS 115.1). Für den Geschäftsbericht findet insbesondere § 24 WoV-G Anwendung.

3.

Die grössten Aufwandpositionen

3.1 Besoldungskosten

Der Voranschlag 2010 enthält eine Lohnerhöhung von 1,0 %. Dies führte zu einer Erhöhung der Besoldungskosten der Verwaltung, kantonalen Schulen, Anstalten und Gerichte von rund 3,3 Mio. Fr. (ohne Sozialversicherungsbeiträge), die in den Budgets der Dienststellen enthalten sind. Die Besoldungen der Spitäler und der Fachhochschule sind in den Staatsbeiträgen an die Spitäler bzw. an die Fachhochschule enthalten.

Departement	Voranschlag 2010	Rechnung 2010	Differenz in Fr.	Differenz in %
Behörden	2'666'282	2'718'198	51'916	2,0
Staatskanzlei	3'108'686	3'097'655	-11'031	-0,4
Bau und Justiz	41'095'631	39'171'621	-1'924'010	-4,7
Bildung und Kultur				
– Lehrkräfte	72'511'916	71'398'480	-1'113'436	-1,5
– Verwaltungspersonal	29'659'665	29'276'174	-383'491	-1,3
Finanz	49'850'498	49'262'404	-588'093	-1,2
Inneres	88'046'151	88'439'963	393'811	0,4
Volkswirtschaft	33'345'498	34'447'760	1'102'262	3,3
Gerichte				
– Richter	4'795'500	4'727'574	-67'926	-1,4
– Verwaltungspersonal	9'227'252	9'312'863	35'611	0,4
Total Besoldungen	334'357'080	331'852'692	-2'504'388	-0,8

Die obige Tabelle zeigt bei den Besoldungen gegenüber dem Voranschlag eine Abnahme von 2,5 Mio. Fr. oder 0,8 %, die sich auf verschiedene Positionen verteilt.

- Der Mehraufwand von 2,0 % bei den Behörden ist auf mehr ausbezahlte Sitzungsgelder aufgrund einer höheren Anzahl Sessionshalbtage des Kantonsrates zurückzuführen.
- Der bedeutendste Minderaufwand ist beim Bau- und Justizdepartement zu verzeichnen. Späte Besetzung im 2010 von zusätzlich bewilligten Stellen im Hochbauamt, Vakanzen im Amt für Verkehr und Tiefbau sowie im Amt für Geoinformation, späte Besetzung von Vakanzen im Amt für Umwelt, Anstellung von Personal in vergleichsweise tiefen Erfahrungsstufen bei der Staatsanwaltschaft führten zu einem gegenüber der Planung tieferen Personalaufwand.
- Der Mehraufwand im Volkswirtschaftsdepartement resultiert aus dem Aufbau im Bereich Arbeitsmarkt (RAV). Die Besoldungskosten im Bereich Arbeitsmarkt werden vollumfänglich vom Bund getragen und sind für den Kanton saldoneutral.

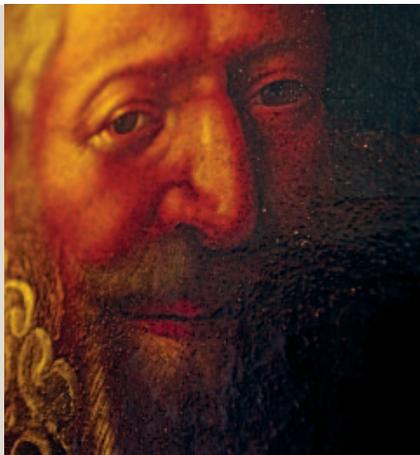


Vergleich der Besoldungskosten Rechnung 2009/Rechnung 2010

Departement	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Differenz in Fr.	Differenz in %
Behörden	2'621'574	2'718'198	96'624	3,7
Staatskanzlei	2'971'566	3'097'655	126'089	4,2
Bau und Justiz	37'982'320	39'171'621	1'189'301	3,1
Bildung und Kultur				
– Lehrkräfte	70'560'055	71'398'480	838'425	1,2
– Verwaltungspersonal	28'045'973	29'276'174	1'230'201	4,4
Finanz	48'971'499	49'262'404	290'905	0,6
Inneres	84'385'309	88'439'963	4'054'654	4,8
Volkswirtschaft	32'559'121	34'447'760	1'888'639	5,8
Gerichte				
– Richter	4'559'503	4'727'574	168'071	3,7
– Verwaltungspersonal	8'906'047	9'312'863	406'816	4,6
Total Besoldungen	321'562'968	331'852'692	10'289'724	3,2

Gegenüber dem Vorjahr erhöht sich der Besoldungsaufwand um insgesamt 10,3 Mio. Fr. oder 3,2 %. Die Zunahme ist hauptsächlich auf die Erhöhung der Personalressourcen (+ 1,2 %, siehe 3.1.1 Pensenübersicht), die gewährte Lohnerhöhung per 1.1.2010 von 1,0 % und Stufenanstiege zurückzuführen.

- Die Zunahme bei den Behörden um 3,7 % ist hauptsächlich auf mehr Sessionshalbtage des Kantonsrates zurückzuführen, während bei der Staatskanzlei geringfügige Pensen-erhöhungen beim Datenschutz bzw. bei den Regierungsdiensten etwa die Hälfte der Differenz von 4,2 % verursacht haben.
- Am Bildungszentrum Gesundheit und Soziales werden im Schuljahr 2010/2011 mehr Klassen geführt. Das Lehrpersonal wird zum Verwaltungspersonal des Departementes für Bildung und Kultur gerechnet, was zu einem Anstieg von 0,5 Mio. Fr. führt. Am BBZ Olten wird der Rektor neu unter dem Verwaltungspersonal geführt (bisher Lehrkraft) und es wurden für die Betreuung der Informatik und im Hausdienst Pensen aufgestockt, was gesamthaft zu einer Veränderung von 0,3 Mio. Fr. führt. Das Case Management (Projekte des Bundes zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit) wirkt sich mit rund 0,2 Mio. Fr. aus.
- Der Hauptgrund für die Zunahme im Departement des Innern um 4,1 Mio. Fr. ist die Erhöhung des Globalbudgets «Öffentliche Sicherheit» um 2,1 Mio. Fr. (SGB 168/2009 vom 8.12.2009) sowie bei der Polizei um +1,9 Mio. Fr. (Verschiebung innerhalb des Personalbestandes, d.h. mehr Polizisten als Polizeianwärter).
- Die Zunahme im Volkswirtschaftsdepartement ist auf den Aufbau im Bereich Arbeitsmarkt (RAV und Arbeitslosenkasse +1,6 Mio. Fr.) und den Aufbau in der Energiefachstelle (+0,2 Mio. Fr.) zurückzuführen. Die Energiefachstelle wird seit 2009 mit einem separaten Globalbudget geführt und befand sich im Aufbau.



3.1.1 Pensenübersicht

In der folgenden Tabelle wird die Veränderung der Stellenprozente pro Globalbudget gegenüber dem Vorjahr ersichtlich. Dazu zählen alle Mitarbeitenden und Lehrpersonen, welche unbefristet, befristet oder stundenweise mit variablem Pensum angestellt sind sowie das Reinigungspersonal.

GB-Name	31.12.2009	31.12.2010	absolut	in %
Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	3,5	3,5	0,0	0,0 %
Dienstleistungen der Staatskanzlei	20,8	20,6	-0,2	-1,0 %
Drucksachen / Lehrmittel	6,9	6,9	0,0	0,0 %
Total Behörden / Staatskanzlei	31,2	31,0	-0,2	-0,6 %
Führungsunterstützung BJD	18,5	17,9	-0,6	-3,2 %
Raumplanung	16,5	17,1	0,6	3,6 %
Hochbau				
(exkl. Hauswarte + Raumpflegepersonal)	25,0	26,4	1,4	5,6 %
Strassenbau	122,5	118,2	-4,3	-3,5 %
Öffentlicher Verkehr	3,0	3,0	0,0	0,0 %
Umwelt	51,4	52,5	1,1	2,1 %
Denkmalpflege und Archäologie	10,8	11,2	0,4	3,7 %
Geoinformationen	9,7	8,7	-1,0	-10,3 %
Jugendanwaltschaft	7,4	7,5	0,1	1,4 %
Staatsanwaltschaft	58,3	60,4	2,1	3,6 %
Total Bau- und Justizdepartement	323,1	322,9	-0,2	-0,1 %
Führungsunterstützung DBK	15,0	14,8	-0,2	-1,3 %
Volksschulen und Kindergarten	48,9	45,5	-3,4	-7,0 %
Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen	37,4	38,8	1,4	3,7 %
Kultur und Sport	16,7	18,1	1,4	8,4 %
Mittelschulbildung	291,7	284,1	-7,6	-2,6 %
Berufsschulbildung	308,7	317,8	9,1	2,9 %
Total Departement Bildung und Kultur	718,4	719,1	0,7	0,1 %
Führungsunterstützung FD und				
Amtschreibereiaufsicht	10,3	10,4	0,1	1,0 %
Finanzen und Statistik	15,2	16,4	1,2	7,9 %
Personalwesen	16,2	17,3	1,1	6,8 %
Steuerwesen	184,9	186,2	1,3	0,7 %
Informationstechnologie	40,1	42,6	2,5	6,2 %
Amtschreiberei-Dienstleistungen	173,6	174,8	1,2	0,7 %
Staatsaufsichtswesen	6,6	5,6	-1,0	-15,2 %
Total Finanzdepartement	446,9	453,3	6,4	1,4 %



Gesundheit	34,3	35,4	1,1	3,2 %
Soziale Sicherheit	59,6	60,4	0,8	1,3 %
Öffentliche Sicherheit	84,0	101,5	17,5	20,8 %
Administrative und technische Verkehrssicherheit	95,3	96,7	1,4	1,5 %
Justizvollzug	98,1	100,7	2,6	2,7 %
Polizei	479,2	480,4	1,2	0,3 %
Total Departement des Innern	850,5	875,1	24,6	2,9 %
Führungsunterstützung VWD	10,4	10,1	-0,3	-2,9 %
Wirtschaft und Arbeit	165,5	162,3	-3,2	-1,9 %
Energiefachstelle	3,8	3,9	0,1	2,6 %
Gemeinden und Zivilstandsdienst	33,3	32,5	-0,8	-2,4 %
Wald, Jagd und Fischerei	14,1	15,0	0,9	6,4 %
Landwirtschaft	58,2	61,7	3,5	6,0 %
Militär und Bevölkerungsschutz	38,0	37,0	-1,0	-2,6 %
Total Volkswirtschaftsdepartement	323,3	322,5	-0,8	-0,2 %
Gerichte	104,0	108,0	4,0	3,8 %
Total Gerichte	1104,0	108,0	4,0	3,8 %
Total Globalbudgets	2'830,0	2'831,9	34,5	1,2 %

- Der ausgewiesene Pensenanstieg von 5.6 % im Hochbauamt ist auf die Besetzung von zwei der bewilligten zusätzlichen Stellen zurückzuführen.
- Der Pensenanstieg im Amt für Kultur und Sport von 1,4 Vollstellen ist zurückzuführen auf eine befristete Anstellung eines Praktikanten für die Dokumentationsstelle und die Anstellung einer Aushilfe, um einen Mutterschaftsurlaub zu überbrücken.
- Im Amt für Finanzen wurde das Kompetenzzentrum SAP aufgrund neuer und zusätzlicher Anforderungen sowie der verwaltungsweiten SAP-Standardisierung mit einem Mitarbeiter verstärkt, was zu Einsparungen bei externen Beratungskosten führte.
- Der Pensenanstieg im Personalamt ist auf die Anstellung von Aushilfen im Zusammenhang mit dem Mutterschaftsurlaub von Mitarbeiterinnen zurückzuführen.
- Im Amt für Informatik wurde im Zuge der neuen IT-Strategie der Pensensbestand erhöht und zusätzliche Mitarbeitende angestellt.
- Der Pensenzuwachs im Globalbudget öffentliche Sicherheit ist auf die bewilligte Erhöhung um 7,6 Pensen im Bereich Straf- und Massnahmenvollzug und 11 Pensen im Bereich biometrische Ausweise zurückzuführen.
- Der Pensenanstieg im Amt für Wald, Jagd und Fischerei ist temporär und auf eine Überschneidung bei einer Pensionierung zurückzuführen.
- Beim Amt für Landwirtschaft mussten aufgrund höherer Schlachtzahlen die Pensen bei der Fleischkontrolle um 1,6 Stellen erhöht werden. Diese Stellen sind durch den Gebührenertrag vollumfänglich gedeckt. Zusätzlich führt eine befristete Mutterschaftsurlaubsvertretung zu einer Erhöhung um ein volles Pensum.



3.1.2 Beiträge an die Pensionskasse und die Sozialversicherungen

Die Beiträge an die staatliche Pensionskasse und die Sozialversicherungen sind den Dienststellen zugewiesen. Der Gesamtbetrag beträgt 67,3 Mio. Fr. (Vorjahr 65,8 Mio. Fr.). Das sind 20,3 % der Bruttobesoldungen (Vorjahr 20,5 %). Die Zahlen 2009 und 2010 sind um die im Jahr 2009 im Amt für Wirtschaft und Arbeit irrtümlicherweise zu viel verbuchten Sozialleistungen von 2,9 Mio. Fr. bereinigt.

3.2 Nettoaufwand für einzelne Schultypen

Die folgende Tabelle orientiert über den Netto-Aufwand für die einzelnen Schultypen (in 1'000 Fr.).

Jahr	Volksschulen	Mittelschulen	Berufsschulen	Fachschule	Universitäten	Total
2006	123'628	54'457	41'535	35'292	27'104	282'016
2007	129'046	46'540	42'642	45'778	27'508	291'514
2008	162'517	49'963	46'705	¹⁾ 82'126	27'396	368'707
2009	179'884	53'564	46'984	30'658	28'108	339'198
2010	179'077	50'741	²⁾ 49'875	³⁾ 30'489	29'055	339'237

1) Inkl. Bildung einer Rückstellung von 48,4 Mio Fr. für die Schliessung der Deckungslücke der Kantonalen Pensionskasse Solothurn für die Versicherten der Fachhochschule Nordwestschweiz Solothurn und der Pädagogischen Fachhochschule Solothurn gemäss Kantonsratsbeschlüssen SGB 229/2004 vom 4.5.2005 und SGB 090/2009 vom 23.6.2009.

2) Inkl. Bildung einer Rückstellung von 3,8 Mio. Fr. für die Schliessung der Deckungslücke der Kantonalen Pensionskasse Solothurn für die beabsichtigte Privatisierung und Fusion der Höheren Fachschulen Technik in Grenchen und Biel (RRB Nr. 2010/705 vom 20.4.2010).

3) Inkl. Auflösung der Rückstellung von 4,1 Mio. Fr. für die Schliessung der Deckungslücke der Kantonalen Pensionskasse Solothurn.

Gegenüber dem Vorjahr ist der Schulbereich praktisch unverändert geblieben. Abweichungen in den einzelnen Sparten sind vor allem auf Folgendes zurückzuführen:

- Im Bereich der Volksschulen ergibt sich ein Minderaufwand von 0,8 Mio. Fr. infolge geringerer Ausgaben von 4,2 Mio. Fr. im Sonderschulbereich (tiefere Beiträge an Sonderschulheime 5,9 Mio. Fr. und höhere Beiträge an Gemeinden 1,8 Mio. Fr.), sowie Mehraufwände im Globalbudget «Volksschulen und Kindergarten» von 2,2 Mio. Fr. (externe Evaluation als Folge der geleiteten Schulen, höhere Besoldungen und höhere interne Verrechnungen) und im Volksschulbereich von 1,0 Mio. Fr. (höhere Beiträge an Gemeinden für Schulleitungen und an Kantone für Projekte).
- Im Bereich der Mittelschulen ist der Minderaufwand von 2,8 Mio. Fr. hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass im 2009 eine Rückstellung in der Höhe von 1,5 Mio. Fr. für den Sozialplan (RRB Nr. 2009/2289 vom 7.12.2009) als Folge der Reform Sekundarstufe I gebildet wurde (die Sekundarstufe P dauert nur noch zwei Jahre, das Untergymnasium dauerte 3 Jahre). Wegen der grösseren Anzahl Schüler/innen liegen die Erträge um 1,2 Mio. Fr. höher als im Vorjahr.
- Im Bereich der Berufsschulen beruht der Mehraufwand von 2,9 Mio. Fr. hauptsächlich auf der Bildung einer Rückstellung von 3,8 Mio. Fr. für die Schliessung der Deckungslücke der Kantonalen Pensionskasse Solothurn für die beabsichtigte Privatisierung und Fusion der Höheren Fachschulen Technik in Grenchen und Biel (RRB Nr. 2010/705 vom 20.4.2010).



- Bei den Universitäten ist die grössere Anzahl Studierende für den Mehraufwand von 0,9 Mio. Fr. verantwortlich.

3.3 Nettoverschuldung und Zinsendienst

3.3.1 Nettoverschuldung

Die Nettoverschuldung – verstanden als Differenz zwischen den gesamten fremden Mitteln (kurz-, mittel- und langfristigem Fremdkapital sowie Verpflichtungen für Spezialfinanzierungen) einerseits und dem Finanzvermögen (frei verfügbare flüssige Mittel, Guthaben, Anlagen) andererseits – hat sich wie folgt entwickelt:

Nettoverschuldung (in Mio. Fr.)	2006	2007	2008	2009	2010
Fremdkapital*	1'351,5	1'337,2	1'133,3	1'021,9	924,7
Spezialfinanzierungen (netto)	47,4	33,6	46,4	55,0	34,3
Total fremde Mittel	1'398,9	1'370,8	1'179,7	1'076,9	959,0
./. Finanzvermögen	998,4	1'105,2	1'006,4	1'062,3	1'001,7
Nettoverschuldung	400,5	265,6	173,3	14,6	-42,7

*) ohne Darlehen der landwirtschaftlichen Kreditkasse (2010 total 70,0 Mio. Fr.)

3.3.2 Nettozinsaufwand

Für die Berechnung des Nettozinsaufwandes werden nach Neuem Rechnungsmodell den Passivzinsen die Vermögenserträge gemäss volkswirtschaftlicher Gliederung gegenübergestellt. Die Entwicklung seit 2006 präsentiert sich wie folgt:

Zinsendienst (in Mio. Fr.)	2006	2007	2008	2009	2010
Passivzinsen	40,2	36,9	34,6	27,2	22,6
Vermögenserträge*	22,3	26,5	22,6	31,7	30,2
Nettozinsaufwand	17,9	10,4	12,0	-4,5	-7,6
Total Staatssteuern	711,5	814,5	762,9	797,0	794,7
Nettozinsaufwand in % Staatssteuern	2,5	1,3	1,6	-0,6	-1,0

*) exkl. Buchgewinne

Im Jahr 2010 wird ein Nettozinsbetrag von 7,6 Mio. Fr. ausgewiesen (2009: Nettozinsbetrag 4,5 Mio. Fr.). Dies entspricht einer Verbesserung von 3,1 Mio. Fr. Diese Entwicklung ist vor allem auf den Rückgang der langfristigen Schulden und den dadurch tieferen Zinskosten zurückzuführen.



3.4 Abschreibungen

3.4.1 Verwaltungsvermögen

Die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen werden aufgrund des Standes am 31. Dezember 2010, d.h. nach den Aktivierungen, vorgenommen. Das den Abschreibungen unterliegende Verwaltungsvermögen wird in der Bilanz unter den Positionen Sachgüter, bedingt rückzahlbare Darlehen Öffentlicher Verkehr und Investitionsgüter ausgewiesen. Das abzuschreibende Verwaltungsvermögen veränderte sich 2010 wie folgt:

Abschreibungen Verwaltungsvermögen Rechnung in Mio. Fr.	2009	2010
Abzuschreibendes Verwaltungsvermögen per 1. Januar	266,0	301,1
Abzuschreibende Nettoinvestitionen laufendes Jahr	68,6	63,0
Verwaltungsvermögen per Ende Rechnungsjahr vor Abschreibungen	334,6	364,1
Ordentliche Abschreibungen	33,5	36,4
Restbuchwert per 31. Dezember	301,1	327,7

In der Staatsrechnung 2010 wurden auf dem Verwaltungsvermögen ordentliche Abschreibungen von insgesamt 39,9 Mio. Fr. vorgenommen. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

Ordentliche Abschreibungen von 10 % auf Verwaltungsvermögen	36,4
Abschreibungen für Wertberichtigungen öffentl. Verkehr 2010	3,5
Total ordentliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen	39,9

Auf den Spezialfinanzierungen (Strassenbauten, usw.) werden die Nettoinvestitionen in der Höhe von insgesamt 49,3 Mio. Fr. (Voranschlag: 55,8 Mio. Fr.) vollständig abgeschrieben.

Der Gesamtabschreibungssatz des Verwaltungsvermögens wird wie folgt berechnet:

Abzuschreibendes Verwaltungsvermögen per 31. Dezember 2010	364,1
+ abzuschreibende Nettoinvestitionen der Spezialfinanzierungen 2010	49,3
= Total abzuschreibende Aktiven	413,4

Ordentliche Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	39,9
+ Abschreibungen auf Spezialfinanzierungen	49,3
= Für die Berechnung des Gesamtabschreibungssatzes massgebende Abschreibungsgrösse	89,2

Gesamtabschreibungssatz (in %) = (89,2 Mio. Fr. x 100) / 413,4 Mio. Fr.	21,6 %
---	--------



3.4.2 Finanzvermögen

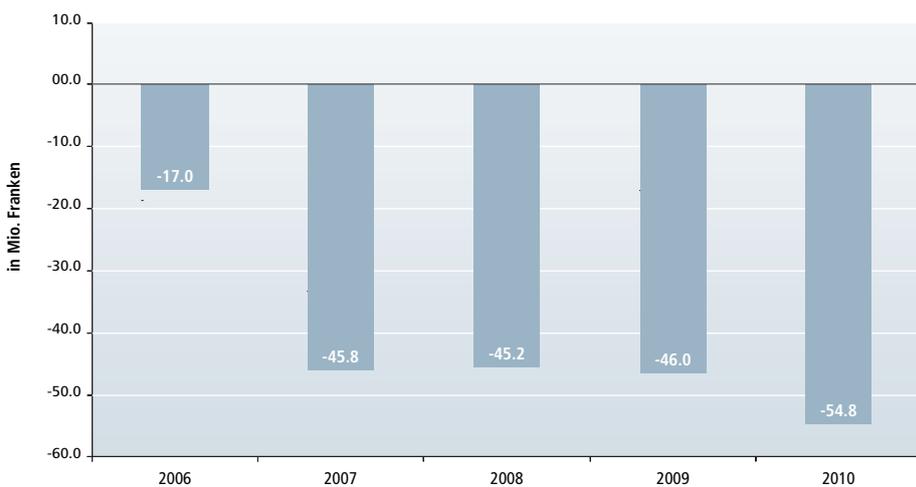
Die Abschreibungen auf dem Finanzvermögen erreichen im Rechnungsjahr den Betrag von 21,0 Mio. Fr. (Vorjahr: 20,6 Mio. Fr.). Daran partizipieren nebst Strafverfolgung und Justiz-administration (2,5 Mio. Fr.), Gerichten (1,4 Mio. Fr.), Amtschreibereien (0,1 Mio. Fr.) und Motorfahrzeugkontrolle (0,2 Mio. Fr.) vor allem das Steueramt mit folgenden Verlusten von insgesamt 16,9 Mio. Fr.:

	Mio. Fr.
Erlassene Staatssteuern Natürliche Personen	0,9
Uneinbringliche Staatssteuern Natürliche Personen	13,7
Erlassene und uneinbringliche Staatssteuern Juristische Personen	0,3
Erlassene und uneinbringliche Spitalsteuern	0,1
Erlassene und uneinbringliche Sondersteuern	0,9
Rückstellung Steuerausstände	1,0
Total	16,9

Die auf den Staatssteuern abgeschrieben Beträge machen 2,1 % des gesamten Staatssteuerertrages aus und liegen damit über dem Vorjahr (2009: 2,0 %).

3.5 Strassenbaufonds

- Verlustvortrag bzw. + Eigenkapital in Mio. Fr.

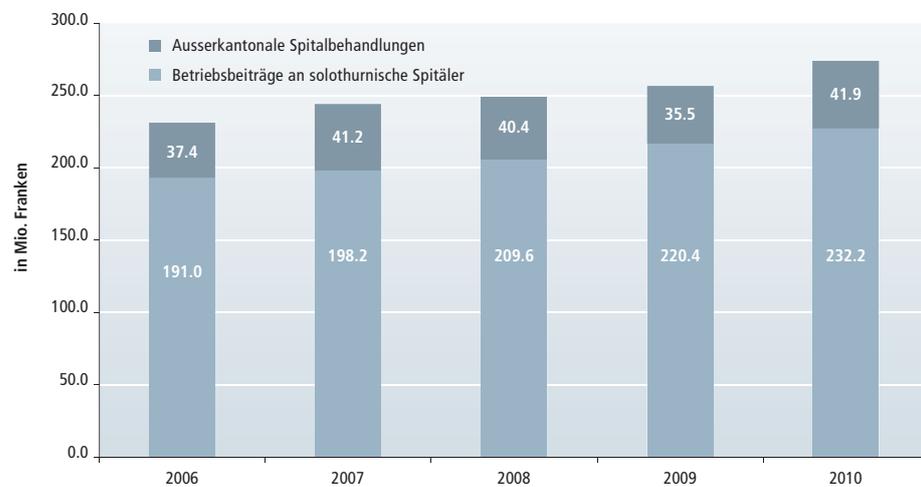


Die Ausgaben im Strassenbau sind über die Spezialfinanzierung «Strassenbaufonds» gedeckt. Aufgrund der intensiven Bautätigkeiten im Zusammenhang mit dem Baufortschritt im Projekt «Entlastung Region Olten» (ERO) nimmt die Verschuldung der Spezialfinanzierung im Jahr 2010 um weitere 8,8 Mio. Fr. zu. Die Fondsverschuldung steigt per Ende Jahr von 46,0 Mio. Fr. auf 54,8 Mio. Fr. an. Der Strassenbaufonds ohne die Gesamtverkehrsprojekte (GVP) weist per 31.12.2010 ein Eigenkapital von 22,8 Mio. Fr. aus. Hingegen beträgt der Bilanzfehlbetrag bei den Gesamtverkehrsprojekten 77,6 Mio. Fr..



3.6 Inner- und ausserkantonale Spitalbehandlungen

Spitalkosten inner- und ausserkantonale in Mio. Fr.



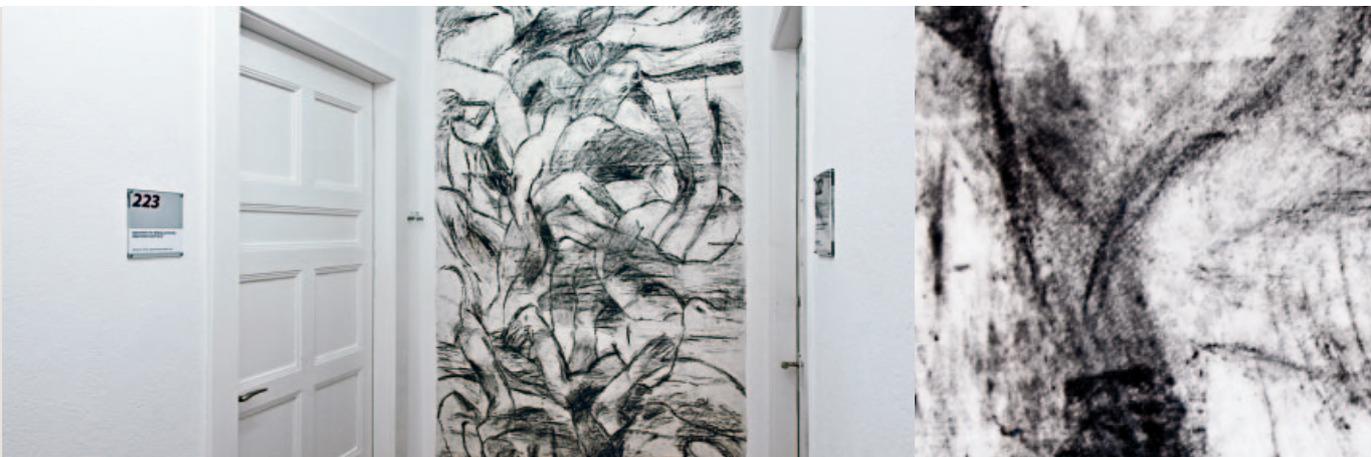
Die Spitalbehandlungen gemäss KVG betragen netto 41,9 Mio. Fr. und liegen damit um 6,4 Mio. Fr. über der Rechnung 2009 (35,5 Mio. Fr.). Ein Grund für die Mehraufwände war die Auflösung von in den letzten Jahren zuviel gebildeten Abgrenzungen im Jahr 2009 (-5,0 Mio. Franken). Die Rechnung 2010 liegt aufgrund weniger erhaltener Rechnungen 1,6 Mio. Fr. unter dem Budget 2010.

Für die Solothurner Spitäler AG (soH) wurde wie budgetiert ein Betriebsbeitrag von 221,2 Mio. Fr. überwiesen. Zudem wurden Rückstellungen im Umfang von 11 Mio. Fr. für die Pensionskasse gebildet (Teilliquidation der Pensionskasse wegen der Schliessung der Klinik Allerheiligenberg, Übertritt/Einkauf von Mitarbeitenden soH in die Kantonale Pensionskasse Solothurn PKSO).

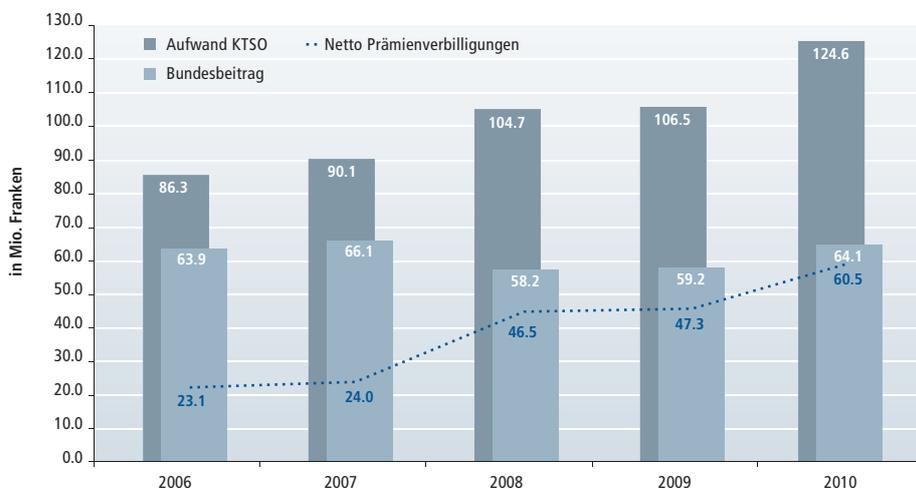
3.7 Soziale Sicherheit

Die Nettoaufwendungen für die Sozialversicherungen betragen, einschliesslich Verwaltungskosten, 134,1 Mio. Fr. (Voranschlag 2010: 128,0 Mio. Fr.; Rechnung 2009: 119,1 Mio. Fr.). Die Rechnungen der einzelnen Versicherungen schliessen wie folgt ab:

- Für die Prämienverbilligung an die Versicherten gemäss KVG wurden 124,6 Mio. Fr. (Vorjahr: 106,5 Mio. Fr.) aufgewendet. Der Bundesbeitrag an den Aufwand betrug 64,1 Mio. Fr. (Vorjahr: 59,2 Mio. Fr.), aus dem Ausgleichskonto IPV (Individuelle Prämienverbilligung) wurden 9,2 Mio. Fr. entnommen. Es resultiert eine Nettobelastung für den Kanton von 51,3 Mio. Fr. (Vorjahr: 47,3 Mio. Fr.).



Prämienverbilligung nach KVG



- Aus Ergänzungsleistungen zur AHV/IV mit einem Aufwand von 172,3 Mio. Fr. zu Gunsten privater Haushalte und einem Ertrag aus Beiträgen von Bund und Einwohnergemeinden über 96,7 Mio. Fr. bleibt für den Kanton der Saldo von 77,2 Mio. Fr. inklusive Verwaltungskostenanteil (Voranschlag 2010: 64,0 Mio. Fr.; Rechnung 2009: 67,7 Mio. Fr.) zu tragen.
- Die Ergänzungsleistungen für Familien haben inklusive der Verwaltungskosten zu einem Aufwand von 1,5 Mio. Fr. geführt.
- Der Aufwand für Erlassen der Mindestbeiträge an AHV/IV/EO und die Beiträge der Kantone an die FL (Familienzulagen in der Landwirtschaft) belaufen sich auf 2,0 Mio. Fr. (Voranschlag 1,9 Mio. Fr., Vorjahr: 2,2 Mio. Fr.).

Der Nettoaufwand für die sozialen Dienste betrug 2,0 Mio. Fr. (Voranschlag 2010: 1,6 Mio. Fr.; Rechnung 2009: 0,5 Mio. Fr.). Damit wurden Hilfeleistungen für Menschen, die Opfer einer Straftat geworden sind, gewährleistet (Soforthilfe, längerfristige Hilfe, Entschädigung und Genugtuung). Zur Integration der ausländischen Wohnbevölkerung sind, für die Staatsrechnung kostenneutral, Kurse und Projekte im Betrag von 1,4 Mio. Fr. finanziert worden. Aus dem Alkoholzehntel sind, für die Staatsrechnung kostenneutral, Projekte im Umfang von 0,9 Mio. Fr. unterstützt oder durchgeführt worden (Suchtprävention).

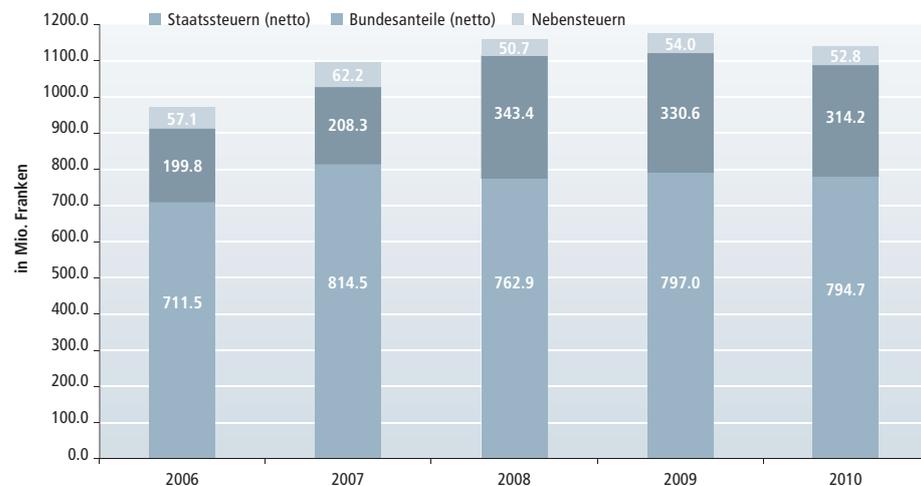
Die sozialen Institutionen belasteten den Kanton netto mit 29,6 Mio. Fr. (Voranschlag 2010: 31,7 Mio. Fr.; Rechnung 2009: 33,5 Mio. Fr.) für Beiträge an ausserkantonale Behindertenwohnheime und Werkstätten.

Im Fachbereich Sozialhilfe und Asyl werden die kantonalen Erträge aus Rückerstattungen sowie die Asylrechnung ausgewiesen. Einem Aufwand (inkl. Verrechnungen) von 22,5 Mio. Fr. steht ein Ertrag von 22,5 Mio. Fr. gegenüber.

4.

Die grössten Ertragspositionen

Entwicklung wichtigste Erträge in Mio. Fr.



Der Rückgang der wichtigsten Erträge um 19,9 Mio. Fr. gegenüber dem Vorjahr verteilt sich auf alle drei Positionen. Der Gesamtertrag im 2010 von 1'161,7 Mio. Fr. bewegt sich in der Höhe des Jahres 2008.

4.1 Bundesanteile

An Bundesanteilen wurden insgesamt 314,2 Mio. Fr. vereinnahmt. Damit wurde der budgetierte Betrag von 302,7 Mio. Fr. per saldo um 11,5 Mio. Fr. übertroffen. Vor allem die Erträge bei der direkten Bundessteuer (+ 6,4 Mio. Fr.) und aus der Verrechnungssteuer (+ 5,3 Mio. Fr.) fielen deutlich höher aus als angenommen. Grund für die grossen Abweichungen ist die rasante wirtschaftliche Erholung, mit der man zum Zeitpunkt der Budgetierung 2009 nicht rechnen konnte.

Die Abnahme der Bundesanteile gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf den Rückgang beim NFA-Ressourcenausgleich (- 20,7 Mio. Fr.) zurückzuführen. Aufgrund der NFA wird der Allg. Treibstoffzollanteil seit dem 1.1.2008 zu 100 % dem Strassenbaufonds zugewiesen.



Der Ertrag aus den Bundesanteilen hat sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

Bundesanteile (in Mio. Fr.)	2006	2007	2008	2009	2010
– Ertrag Nationalbank	57,9	57,7	54,6	54,5	54,2
– Direkte Bundessteuer	47,5	49,7	55,3	53,9	57,4
– Verrechnungssteuer	13,8	14,8	21,0	14,1	15,1
– Finanzausgleichsbeitrag ¹⁾	74,4	79,4	3,8	-	-
– NFA-Ressourcenausgleich	-	-	212,3	211,6	190,9
– NFA-Härteausgleich	-	-	-4,1	-4,1	-4,1
– Anteil EU-Zinsbesteuerung	-	0,5	0,5	0,6	0,4
– Allg. Treibstoffzollanteil ²⁾	6,2	6,3	-	-	-
– Rückerstattung CO ² -Abgabe ³⁾	-	-	-	-	0,4
Total	199,8	208,3	343,4	330,6	314,2

1) Der Betrag von 3,8 Mio. Fr. im 2008 ist eine einmalige Nachzahlung des Bundes zur Abrechnung 2007 über den Finanzausgleich nach «altem» Recht.

2) Entspricht nur dem Anteil am Allg. Treibstoffzollanteil, welcher der allgemeinen Staatsrechnung zugewiesen wurde.

3) Erstmalige Rückerstattung der CO²-Abgabe im 2010

4.2 Staatssteuerertrag

Der Ertrag aus den Staatssteuern ist wie folgt in die Erfolgsrechnung eingesetzt worden:

Staatssteuer (in Mio. Fr.)	VA 10	RE 10	Diff. in Fr.	Diff. in %
– Staatssteuer nat. Personen ^{*/**}	590,0	622,7	+32,7	+5,5
– Staatssteuer jur. Personen [*]	110,0	149,1	+39,1	+35,6
– Finanzausgleichssteuer	10,5	14,3	+3,8	+36,2
– Bussen (Strafsteuer)	1,0	0,7	-0,3	-30,0
– Grenzgängerbesteuerung	1,5	1,5	0	0
– Grundstückgewinnsteuer (netto)	6,3	6,4	+0,1	+1,6
Total	719,3	794,7	+75,4	+10,5

*) inkl. Erträge aus Vorjahren

***) inkl. die separat ausgewiesenen Quellensteuern, Kapitalabfindungssteuern, übrige Sondersteuern und Spitalsteuern aus Vorjahren; netto (Gesamterträge abzüglich Anteil des Bundes und der Gemeinden)

Der in die Staatsrechnung 2010 eingegangene Gesamtertrag der Staatssteuern liegt über dem Voranschlag (+75,4 Mio. Fr. oder +10,5%). Bei den natürlichen Personen lag der Steuerertrag vor allem bei den Erträgen aus Vorjahren wesentlich über dem Voranschlag. Im Zeitpunkt der Erstellung des Voranschlages 2010 wurde von einer schlechteren wirtschaftlichen Entwicklung ausgegangen. Erfreulicherweise ist dies nicht eingetroffen.



Die folgende Übersicht zeigt die Erträge der Staatssteuern für die Jahre 2006–2010:

Staatssteuern (in Mio.Fr.)	2006	2007	2008	2009	2010
– Staatssteuer nat. Personen*/**	564,5	599,9	605,3	614,1	622,7
– Staatssteuer jur. Personen*	127,4	180,6	133,5	161,0	149,1
– Finanzausgleichssteuer	12,1	17,1	13,6	14,2	14,3
– Bussen (Strafsteuer)	0,5	0,9	1,3	0,2	0,7
– Grenzgängerbesteuerung	1,3	1,5	1,7	1,6	1,5
– Grundstückgewinnsteuer (netto)	5,7	14,5	7,5	5,9	6,4
Total	711,5	814,5	762,9	797,0	794,7

*) inkl. Erträge aus Vorjahren

**) inkl. die separat ausgewiesenen Quellensteuern, Kapitalabfindungssteuern, übrige Sondersteuern und Spitalsteuern aus Vorjahren; netto (Gesamterträge abzüglich Anteil des Bundes und der Gemeinden)

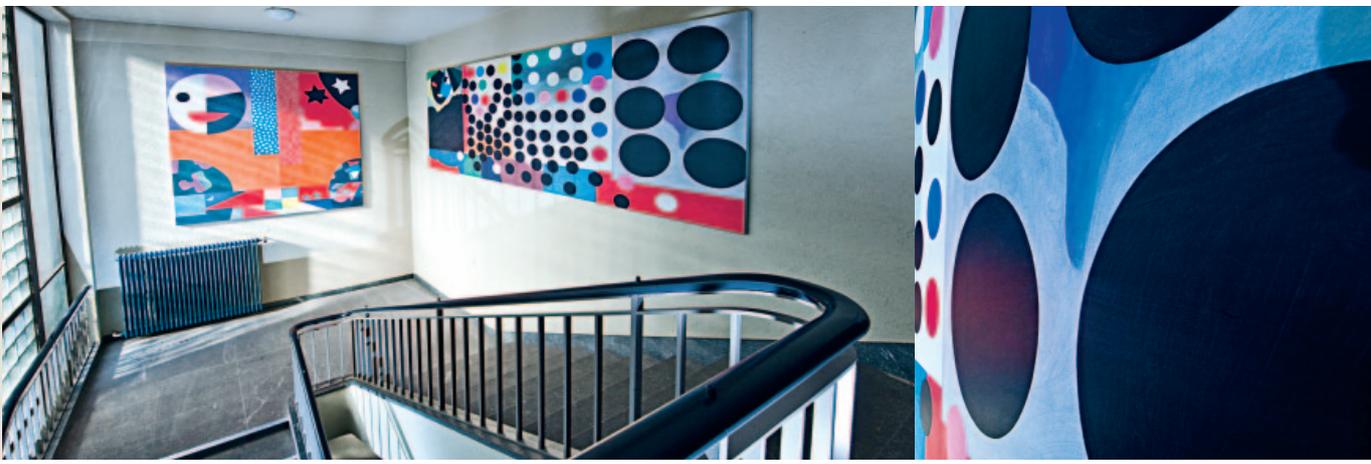
Im Vergleich zum Vorjahr ist eine Abnahme beim Ertrag der Staatssteuern um 2,3 Mio. Fr. oder 0,3 % festzustellen. Die Abnahme ist den juristischen Personen zuzuschreiben.

4.2.1 Entwicklung Steuerausstand

Der Ausstand an Staatssteuern betrug per Ende 2010 rund 286,9 Mio. Fr. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus Ausständen von 34,0 Mio. Fr. aus den Jahren 1994–2008, 114,1 Mio. Fr. aus dem Jahr 2009 sowie 138,8 Mio. Fr. aus dem Jahr 2010. Die Höhe des Ausstandes ist grösstenteils den juristischen Personen zuzuschreiben.

Steuerausstand	1.1.2006	245'447'029 Fr.
Steuerausstand	1.1.2007	222'848'463 Fr.
Steuerausstand	1.1.2008	231'402'678 Fr.
Steuerausstand	1.1.2009	233'140'638 Fr.
Steuerausstand	1.1.2010	256'716'030 Fr.
Steuerausstand	31.12.2010	286'867'453 Fr.
Veränderung Steuerausstand per Ende 2009		+30'151'423 Fr.

Die markante Zunahme in den letzten beiden Jahren ist auf den höheren Steuerertrag sowie die Verschlechterung der allgemeinen Zahlungsmoral zurückzuführen.



4.3 Nebensteuern

Der Ertrag der Nebensteuern 2010 liegt um 5,0 Mio. Fr. unter dem Budget. Bei den Handänderungssteuern ist der Rückgang von 3,5 Mio. Fr. gegenüber dem Voranschlag vor allem auf die Aufhebung der Handänderungssteuer bei selbst bewohntem Wohneigentum ab 1.1.2011 zurückzuführen.

Nebensteuern (in Mio. Fr.)	VA 10	RE 10	Diff. in Fr.	Diff. in %
– Handänderungssteuer	35,5	32,0	-3,5	-9,9
– Erbschaftssteuer	15,5	14,0	-1,5	-9,7
– Nachlasssteuer	6,0	5,0	-1,0	-16,7
– Schenkungssteuer	0,8	1,8	-1,0	125,0
Total	57,8	52,8	-5,0	-8,7

Die nachstehende Tabelle zeigt die seit 2006 ausgewiesenen Erträge der Nebensteuern:

Nebensteuern in Mio. Fr.	2006	2007	2008	2009	2010
– Handänderungssteuer	33,9	40,9	33,8	35,1	32,0
– Erbschaftssteuer	16,0	14,9	11,5	13,7	14,0
– Nachlasssteuer	6,2	5,3	4,8	4,6	5,0
– Schenkungssteuer	1,0	1,1	0,6	0,6	1,8
Total	57,1	62,2	50,7	54,0	52,8

Der gesamte Ertrag der Nebensteuern liegt mit 52,8 Mio. Fr. leicht unter dem Vorjahr, knapp über dem von 2008, jedoch deutlich unter den Zahlen der Jahre 2006 und 2007.





Bericht der
Revisionsstelle

IV

Bericht der Revisionsstelle

Kantonale Finanzkontrolle

Bielstrasse 9 | Postfach 157
4502 Solothurn
Telefon 032 627 21 01
Telefax 032 627 28 60
www.finanzkontrolle.so.ch

IIIIII KANTON **solothurn**

Bericht der Revisionsstelle

**an den Kantonsrat des Kantons Solothurn
zum Geschäftsbericht 2010**

Bericht der Revisionsstelle zur Jahresrechnung 2010

Die Kantonale Finanzkontrolle hat gestützt auf § 72 Absatz 1 Buchstabe a des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV-Gesetz; BGS 115.1) die vom Finanzdepartement vorgelegte Jahresrechnung 2010, bestehend aus Bilanz, Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung, Anhang, Spezialfinanzierungen, Legate und Stiftungen, Verpflichtungskreditkontrolle und Globalbudgets für das am 31. Dezember 2010 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft. Die im Geschäftsbericht separat aufgeführten Jahresrechnungen verschiedener staatlicher Institutionen werden anlässlich separater Revisionen geprüft.

Verantwortung des Regierungsrates

Der Regierungsrat ist für die Aufstellung der Jahresrechnung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften verantwortlich. Diese Verantwortung beinhaltet die Ausgestaltung, Implementierung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems mit Bezug auf die Aufstellung einer Jahresrechnung, die frei von wesentlichen falschen Angaben als Folge von Verstössen oder Irrtümern ist. Darüber hinaus ist der Regierungsrat für die Auswahl und die Anwendung sachgemässer Rechnungslegungsmethoden sowie die Vornahme angemessener Schätzungen verantwortlich.

Verantwortung der Revisionsstelle

Unsere Verantwortung ist es, aufgrund unserer Prüfung ein Prüfungsurteil über die Jahresrechnung abzugeben. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Schweizer Prüfungsstandards vorgenommen. Nach diesen Standards haben wir die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass wir hinreichende Sicherheit gewinnen, ob die Jahresrechnung frei von wesentlichen falschen Angaben ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen für die in der Jahresrechnung enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemässen Ermessen des Prüfers. Dies schliesst eine Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Angaben in der Jahresrechnung als Folge von Verstössen oder Irrtümern ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Prüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung der Jahresrechnung von Bedeutung ist, um die den Umständen entsprechenden Prüfungshandlungen festzulegen, nicht aber um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems abzugeben.





Die Prüfung umfasst zudem die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden, der Plausibilität der vorgenommenen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtdarstellung der Jahresrechnung. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise eine ausreichende und angemessene Grundlage für unser Prüfungsurteil bilden.

Prüfungsurteil

Nach unserer Beurteilung entspricht die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2010 abgeschlossene Rechnungsjahr den gesetzlichen Vorschriften.

Ferner weisen wir darauf hin, dass bei der Spezialfinanzierung Strassenbaufonds der Verlustvortrag nicht nach den gesetzlichen Vorschriften abgetragen werden kann (§ 43 Absatz 3 WoV-Gesetz, § 30 WoV-Verordnung). Der Grund liegt in der Realisierung der Gesamtverkehrsprojekte Solothurn und Olten, welche langfristig mit der im Jahr 2003 in Kraft getretenen und bis Ende 2022 befristeten Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer finanziert werden. Der Verlustvortrag, welcher erstmals 1999 entstanden ist, beträgt per 31. Dezember 2010 55 Mio. Franken.

Berichterstattung aufgrund weiterer gesetzlicher Vorschriften

Die Finanzkontrolle erfüllt die gesetzlichen Anforderungen an die Zulassung gemäss Revisionsaufsichtsgesetz und die Unabhängigkeit. Sie ist fachlich unabhängig, selbständig und in ihrer Revisionsstätigkeit nur Verfassung und Gesetz verpflichtet (§ 61 Absatz 3 WoV-Gesetz). Wir bestätigen, dass keine mit unserer Unabhängigkeit nicht vereinbaren Sachverhalte vorliegen.

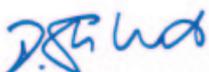
In Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und dem Schweizer Prüfungsstandard 890 bestätigen wir, dass ein gemäss den Vorgaben des Regierungsrates ausgestaltetes internes Kontrollsystem für die Aufstellung der Jahresrechnung existiert, wobei einige Dienststellen die gemäss Beschluss des Regierungsrates vom 23. Februar 2010 (RRB Nr. 300) gestellten Anforderungen noch nicht vollumfänglich erfüllen.

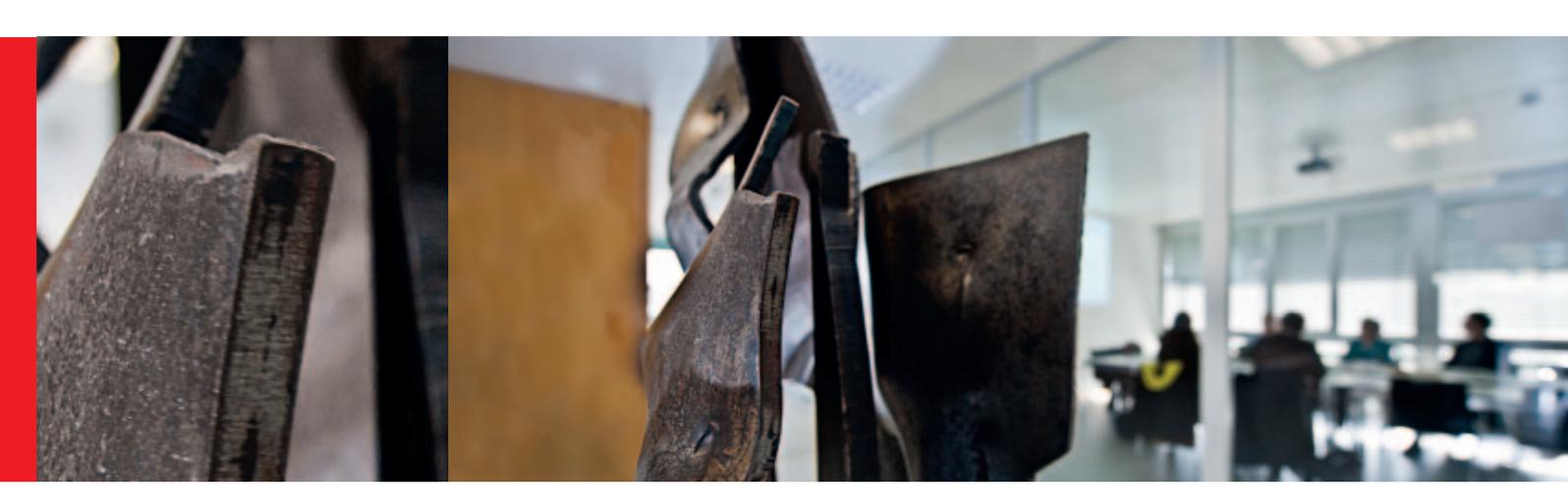
Ferner bestätigen wir, dass der Antrag über die Verwendung des Ertragsüberschusses den gesetzlichen Vorschriften entspricht und empfehlen dem Regierungsrat und dem Kantonsrat, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Solothurn, 10. März 2011

Kantonale Finanzkontrolle


G. Rudolf von Rohr
Chefin
Zugelassene Revisionsexpertin


B. Eberhard
Leitender Revisor
Zugelassener Revisor



Kanton Solothurn

Amt für Finanzen

Barfüssergasse 24

4509 Solothurn

Telefon 032 627 20 96

Telefax 032 627 22 71

www.so.ch/de/pub/home.htm

afin@fd.so.ch

Lichtkünstler: Gerry Hofstetter, Zürich

Fotos: Kunst am Bau, Markus Daepfen, Solothurn

